Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- u. Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat März 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,40 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H., Halle, Leipzigerstr. 14.

Herausgeber: Richard Schmetter

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 30 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Leipzigerstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1050 48 Fritz Krob, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Mittwoch, den 5. März 1924** | **4. Jahrgang • Nr. 4**

Kämpfe um Lohn und Brot

Vor dem Kampf im Baugewerbe

Halle, 5. März.

Zum Angriff auf den Achtstundentag nahm der Vorstand des Baugewerksbundes am 3. März Stellung. Es wurde einstimmig beschlossen, unter allen Umständen und mit allen Mitteln gegen den Abbau des Achtstundentages zu kämpfen. Die Kollegen haben jede Arbeit, die über den Achtstundentag hinausgeht, strikte zu verweigern. Der Verband wird unverzüglich alle Kampfesmaßnahmen gegen den Unternehmerangriff vorbereiten

Immer noch Streiks im Rheinland

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 4. März.

Im Rheinland gehen die Streiks trotz des Abbruchs in Düsseldorf, Solingen und Remscheid noch weiter. Im Kölner Braunkohlenrevier haben die freigewerkschaftlichen Funktionäre der Bergarbeiter, Metallarbeiter, Maschinisten und Heizer mit 73 gegen 18 Stimmen die Fortführung des Streiks um den Achtstundentag beschlossen. In der Wissener Eisenhütte u. d. Typen hat die Belegschaft sich mit 867 gegen 145 Stimmen entgegen dem Schiedsspruch für die Beibehaltung des Achtstundentages ausgesprochen. Die Eisenbahnwerkstätte Jülich ist von der Direktion geschlossen und die Arbeiterschaft (1000 Mann) auf die Straße geworfen worden, weil sie die Verlängerung der Arbeitszeit verweigert hat. — Die Besatzungsbehörden von Jülich und Düren haben die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an die Ausgesperrten verboten.

Die Bergarbeiter vor dem Kampf

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 4. März.

Die Bergarbeiter im Ruhrgebiet stehen vor schweren Kämpfen. Der Tarif ist, wie bereits gemeldet, von den Zechenbaronen gekündigt worden, weil diese weiteren Lohnabbau und noch größere Verlängerung der Arbeitszeit durchsetzen wollen. — Die Verhandlungen der Bergarbeiterverbände mit dem Zechenverband sind ergebnislos verlaufen. Die von den Bergarbeitern geforderten Lohnerhöhungen wurden glatt abgelehnt. Der Zechenverband will in Zukunft aller zehn Tage den Lohn auszahlen. Er betrachtet sich, nachdem die Verhandlungen gescheitert sind, vom 1. März an als von jeder Tarifbindung frei.

Schupo gegen die Streikenden im rheinischen Braunkohlenrevier

(Eig. Drahtm.) **Köln**, 4. März.

Am Sonntag versuchten etwa 30 Streikbrecher in Vierberg zur Arbeit einzufahren. Sie waren von den christlichen Gewerkschaftssekretären gesammelt worden. Die Streikleitung ordnete Alarmbereitschaft an und verhinderte die Einfahrt. Plötzlich tauchte Schupo auf, die sofort in die Menge feuerte. Zwei Arbeiter wurden verletzt, acht verhaftet, darunter eine Frau. Die christlichen Gewerkschaftsbureaukraten arbeiten aktiv für die Arbeitgeber, aber ohne nennenswerten Erfolg. Die christlichen Arbeiter üben im allgemeinen eine einwandfreie Solidarität.

Der Kampf der Werftarbeiter

(Eig. Drahtm.) **Hamburg**, 5. März.

In Hamburg, Bremen und Kiel geht die Aussperrung der Werftarbeiter weiter. In Hamburg hat der Kampf um den Achtstundentag auch auf die Flußschiff- und Bootswerften übergegriffen.

Kämpfe auch in Sachsen und Schlesien

(Eig. Drahtm.) **Dresden**, 5. März.

Die Aussperrung der Textilarbeiter wird von den Unternehmern immer weiter ausgedehnt, weil sich die Arbeiter nirgends dem Diktat der Unternehmer auf Einführung der 54-Stunden-Woche fügen.

Auch die Gewaltigen der sächsischen Metallindustrie pronozieren den Kampf. Die Gusstahl-Hütte Döhlen bei Dresden hat die Belegschaft ausgesperrt, weil diese den durch Schiedsspruch diktierten Zehnstundentag nicht anerkennt.

Wie aus Breslau berichtet wird, streiken dort die Böttcher gegen Lohnabbau und Neunstundentag.

Die Völkischen gegen Bergarbeiter

(Eig. Bericht.) **Sondershausen**, 4. März.

Die Völkischen und Jungdo haben im Thüringer Kaliberghau-Revier starken Zulauf. Sie errichteten Schneider- und Schusterstuben, unterstützen die Erwerbslosen, um Sympathie zu erwerben. Die Tätigkeit der Jungdo macht sich auch in Nordhausen bemerkbar. Bergarbeiter hatten mit ihr in der vergangenen Woche einen Zusammenstoß. Dabei gab es mehrere Verwundete auf seiten der Jungdo. Die Polizei verhaftete natürlich Arbeiter. Ein Teil von ihnen ist flüchtig.

Die Bergarbeiterschaft in Salzungen, Frankenhausen, Sondershausen, Nordhausen rüstet zu einem Mitteldeutschen Bergarbeiterkongreß, der in den nächsten Wochen zusammentreten soll zwecks Beschlußfassung über Maßnahmen zum Kampf gegen die immer schärfer werdende Offensive des Kapitals im Bergbau.

Ein Drittel des deutschen Volkes Almosenempfänger

Der Zentrumsmann Brauns, seines Zeichens deutscher Arbeitsminister, hat am Sonntag in einer Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland erklärt, daß es in Deutschland

5 Millionen Arbeitslose und 15 Millionen Unterstützte

gibt. Alle Gerüchte über die Annahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland werden durch diese harten Zahlen Lügen gestraft. Ein Drittel des deutschen Volkes lebt von jämmerlichen Arbeitslosenunterstützungen.

In jeder Betriebsversammlung, die die Betriebsrätewahlen vorbereitet, in jeder Gewerkschaftsversammlung, die mit den reformistischen Bureaukraten abrechnet, müssen diese Zahlen des Elends und Hungers den Arbeitern eingehämmert werden. Denn nur durch revolutionäre Gewerkschaftspolitik, durch die Wahl revolutionärer Betriebsräte, die zusammen mit den Arbeitslosenräten und Kontrollausschüssen den Wiederaufbau der Wirtschaft gegen die Kapitalisten in die Hand nehmen, kann das Arbeitslosenelend gemildert werden.

Sie wollen sich unbedingt mit Ruhm bekleckern

An Stelle der Schutzhaft — Verwahrungshaft

(Eig. Drahtm.) **Dresden**, 4. März.

Das, was den Ausnahmezustandsgeneralen nicht vergönnt war, den Ruhm eines Sieges über das deutsche Proletariat einzuheimsen, wollen jetzt die Zivilanwärter deutscher Regierungskunst erstreben. Mit der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes sollte bekanntlich auch die Schutzhaftschande aufgehoben werden. Der Reichsminister des Innern, Jarres, hat nun angeordnet, daß die Schutzhaftgefangenen zunächst noch in Verwahrungshaft gehalten werden. Tatsächlich ist auf Grund dessen über die 66 in Dresden verhafteten Kommunisten, unter denen sich der Landtagsabgeordnete Renner befindet, die verhängte Schutzhaft in Verwahrungshaft umgewandelt worden, so daß die Genossen noch in Gefängnissen erhalten werden. Deutschland ist wirklich ein Kulturstaat!

„Rekord"-Messe in Leipzig

(E B.) **Leipzig**, 4. März.

Ueberall in der Presse und in der Oeffentlichkeit wird die gewaltige Reklame für die Leipziger Messe gemacht. Die größte Ausstellungshalle der Welt! Die größte bisherige Messe! Ein amerikanischer Reklame-Fachmann könnte bei diesem Marktgeschrei neidisch werden. Dennoch zeigt die Leipziger Messe trotz allen äußeren Reklamen die schwere Krise der deutschen kapitalistischen Wirtschaft. Der Auslandsmarkt ist der deutschen Industrie verschlossen. Die Leipziger Messe zeigt, daß nur für das Inland gekauft wird, für das Ausland sind die deutschen Preise viel zu hoch. Trotz des Lohnabbaues, der Arbeitszeitverlängerung, trotzdem die deutsche Arbeiterschaft ein menschenunwürdiges Kulturdasein führt, sind die deutschen Kapitalisten konkurrenzunfähig, weil sie hier Produktion während der Zeit, wo sie die Kriegs- und Inflationsgewinne einheimsten, haben verlottern lassen. Der Inlandsbedarf ist aber keineswegs als ein Gesundungszeichen anzusehen. Das momentane Anschwellen des Inlandsbedarfs ist kein Zeichen einer beginnenden Konjunktur, sondern mit ein Symptom der Krise. Jede Krise ist verbunden mit Neuanlagen in der Industrie. Die deutsche Industrie muß, wenn sie nicht von vornherein auf jeden Absatz auf dem Weltmarkt verzichten will, gewisse Neuanlagen unternehmen. Das erklärt den momentanen Inlandsbedarf. Aber auch hier zeigt es sich, daß die ausländischen Aussteller auf der Leipziger Messe viel billiger verkaufen als die deutschen Verkäufer. Dabei sind auf der Leipziger Messe an Ausländern nur einzelne tschechoslowakische und österreichische Firmen vertreten. Frankreich, das infolge seiner Inflationskonjunktur immer mehr ausländischen Absatz gewinnt, ist in Leipzig gar nicht vertreten.

*

Nach einer Meldung des WTB. haben sich dem allgemeinen Wallfahrtszuge nach Leipzig die Reichsminister Jarres, Hamm, Höfle, Brauns, der sächsische Ministerpräsident, der bayrische Ministerpräsident, die Staatspräsidenten von Baden, Hessen und Anhalt, die Geschäftsträger von Chile und China, sowie eine große Anzahl von Vertretern der Behörden und Körperschaften des In- und Auslandes angeschlossen. Wie üblich wurden Reden gehalten. Auf einem Bankett (auf Deutsch: Festessen) wurden Bekenntnisse abgelegt. Der Reichsminister Dr. Hamm betonte besonders das „Bekenntnis zum Grundsatz des Arbeitswillens" und lobte die „Arbeitsgemeinschaft der Völker" (lies: Kapitalisten). Herr von Knilling gelobte unter Betonung seiner Stammesart, gut deutsch zu bleiben. Nur machen seine Landsleute sich da nichts daraus, sie bleiben so gute Separatisten unter Rupprechts Fahne, wie Knilling „gut deutsch" bleibt auf der Leipziger Messe.

Das Geschrei um die Leipziger Messe gehört ja wohl zum Reklamewesen deutscher Kaufmannskunst. Wenn aber der Reichsarbeitsminister vom „Grundsatz des Arbeitswillens" spricht, so soll das wohl in Anbetracht der Tatsache, daß es den Kapitalisten in Leipzig nicht gelungen ist, mit dem Auslande respektable Geschäftsabschlüsse zu tätigen, heißen, daß die Proleten noch längere Arbeitszeit aufwenden müssen, noch weniger Lohn erhalten sollen, noch intensiver schuften sollen, um den Kapitalisten die Möglichkeit zu geben, auf dem Weltmarkte konkurrieren zu können.

Wahlvorbereitungen

Alle Parteien sind nun eifrig auf der Suche und bei der Beschaffung von Wahlmaterial. Die Wähler sollen nach üblicher Methode wieder geistig betrunken gemacht werden. Sie bekommen Morphium. Sie werden mit Versprechungen hypnotisiert. Alle Parteien überquellen jetzt von Arbeiter- und Beamtenfreundlichkeit, veranstalten Wettrennen um die Gunst der Landwirtschaft. Dabei handelt es sich meistens um aufdringliches Demagogentum. Wenn z. B. die Deutschnationalen eine Aufhebung der Abbau-Verordnung fordern, so ist das aufgelegter Betrug. Sie wissen, die Verordnung wird nicht aufgehoben, aber wahrscheinlich kommt dann eine Auflösung des Reichstages und dann gehen die Deutschnationalen mit ihrer so bekundeten Feindschaft gegen die Abbau-Verordnung in den Wahlkampf hinein. Gaukelertrick.

Daß Deutschnationale als Generalsteuerdrückeberger, als Organisatoren der Steuersabotage und als Hauptförderer der Inflationspolitik am meisten schuldig geworden sind für den Ruin des Mittelstandes, an der Auspowerung der Bauern, der Verelendung der werktätigen Massen, und daß gerade die Deutschnationalen der Regierung die Pistole auf die Brust gesetzt haben, mit der Erklärung: Kredit gibt es nur bei Beamtenabbau, bei Kürzung der Gehälter! Das alles wird selbstverständlich den Wählern verschwiegen. Man spekuliert auf ihre Vergeßlichkeit. Die unverschämtesten Gaukler finden bei den Leichtgläubigen immer den größten Beifall.

Durchaus demagogisch ist auch die Propaganda der Völkischen. Sie gebärden sich immer wilder als Feinde des Kapitals, benutzen immer mehr den Antisemitismus als Dekorum für eine zur Schau getragene prinzipielle Gegnerschaft gegen den Kapitalismus. Dabei sind sie sich ihrer Demagogie zweifellos sehr bewußt, denn sie greifen gar nicht den Kapitalismus als Gesellschaftsordnung an, sondern sie wettern in der Hauptsache nur gegen die Kapitalisten, gegen Personen. Krippenreiter sind auf der Jagd nach den besten Sitzplätzen in der kapitalistischen Gesellschaft. Sich selbst preisen sie als Engel der Gerechtigkeit. Aber jeder Jude ist ein Lump und Sittnes ist ein verlumpter Judenknecht. Das ist die Methode völkischer Propaganda, eine elende Hetze, die an die niedrigsten Instinkte appelliert.

Und wie treiben es die Sozialdemokraten? Deren Spekulation auf Einfalt und Vergeßlichkeit ist fast noch unverschämter als die der Deutschnationalen und Völkischen. Jetzt versuchen die Sozialdemokraten wieder den Anschein zu erwecken, als könnten die Wähler mit dem „roten" Stimmzettel sozusagen Revolution machen, als könnten sie damit ihre proletarischen Interessen gegen die kapitalistischen durchsetzen, als könnten sie mit dem Stimmzettel den Staat und die Staatsmacht erobern, als könnten sie im Wege der Gesetzgebung auf dem Boden der Demokratie und im Rahmen der Verfassung in die sozialistische Gesellschaftsordnung hineinschlüpfen. Das ist Scharlatanerie! Gerade die letzten Jahre haben ganz klar und deutlich den Beweis erbracht, daß das Proletariat mit dem Stimmzettel in der Hand nicht den Weg der Rettung marschiert, sondern in die Sklaverei hineingerannt ist. Nie sind so arbeiterfeindliche Gesetze zustande gekommen, als seit der Zeit, da die Sozialdemokratie die stärkste parlamentarische Macht darstellt und seitdem die Sozialdemokratie in der Regierung sitzt.

Das Anwachsen der Sozialdemokratie als parlamentarische Partei hat bei den Massen die Illusion gestärkt, als ob sie ohne eigenen Klassenkampf, als ob sie ohne das Erkämpfen jeder neuen Position, als ob sie ohne das Niederwerfen der herrschenden Klasse ganz sanft und glatt auf der glatten Straße der Demokratie mit dem Stimmzettel die Herrschaft erobern können. Man vergaß den Klassenkampf. Man überließ den Parlamentariern die Auseinandersetzung mit dem Kapital. Und die reformistischen Führer schlossen die Arbeitsgemeinschaft mit den Vertretern der herrschenden Klasse, sie bildeten Regierungskoalitionen mit der Bourgeoisie, ließen dann mit Belagerungszustand und Ermächtigungsgesetzen die werktätigen Massen ausplündern und unterjochen. Die Tatsachen können nicht geleugnet werden. Die Herren Sozialdemokraten aber erklären frech naiv: wir hatten noch nicht die Majorität, und darum mußten wir den Bürgerlichen Konzessionen machen! Die Kommunisten wollen Revolution, und darum müßten wir uns mit den Bürgerlichen verbünden, um das revolutionäre Proletariat niederzuschlagen!

Wenn man auch nicht offen so sprach, man sagte es noch viel deutlicher, man bewies solche Gesinnung und solches Wollen durch die Tat.

Wir fragen: wer zwang die Sozialdemokratie, mit ihrem Ebert an der Spitze, das deutsche Volk mit Belagerungszustand zu malträtieren, wenn es nicht der Wille war, mit der herrschenden Klasse zusammen die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken? Wer zwang sie dazu, mit den schärfsten Disziplinarmitteln des Fraktionszwanges die Annahme der Ermächtigungsgesetze zu sichern? Sie standen unter dem Zwang des Wollens, die herrschende Gesellschaftsordnung zu retten, sie zu schützen vor revolutionären Anstürmen. Als die Sozialdemokraten das letzte Ermächtigungsgesetz annahmen, als sie dessen Annahme erzwangen, da wußten sie sehr genau,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240305-19/fragment/page=0001

daß damit der Beamtenabbau, die Arbeitszeitverlängerung für die Beamten, die peinigenden Gehaltskürzungen vorbereitet worden waren, sie wußten, daß sie mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes den Achtstundentag verraten hatten, sie wußten, daß mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes eine verschärfte ungeheure Bedrückung der Werktätigen einsetzen werde. Wenn nun die Sozialdemokraten die Verantwortung für die Auswirkungen des Ermächtigungsgesetzes ablehnen, so ist das die nichtswürdigste Heuchelei, der ausverschämteste politische Betrug, der den neuen Wahlkampf charakterisiert, so ist das die blutigste Verhöhnung der Wähler, weil man auf Dummheit und Stupidität spekuliert. Auch dort, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit hatten, in verschiedenen Ländern und dort, wo sie die Mehrheit mit Hilfe der Kommunisten erlangen konnten, überall haben sie kapitalistische Politik getrieben, haben sie die proletarische Bewegung unterdrückt, anstatt sie zu fördern. Die Sozialdemokraten wollen gar nicht allein regieren, sie wollen die Koalition als Deckung für ihre tückischen Verrätereien gegen das Proletariat.

Wenn auch mit dem Stimmzettel die Herrschaft des Proletariats nicht erobert werden kann, so beteiligne sich die Kommunisten trotzdem am Wahlkampf. Das ist selbstverständlich. Sie nutzen die Wahlbewegung für die Propagierung ihrer Gedanken und Ziele. Sie werben für den Klassenkampf. Sie sind nicht dumm genug, sich die Gelegenheit, erweiterte Propaganda entfalten zu können, einfach entgehen zu lassen, weil sie grundsätzliche Antiparlamentarier sind. Wie die Wahlbewegung selbst, so ist auch die Wahlbeteiligung für sie Mittel zum Zweck. Die Kommunisten wählen und lassen sich wählen. Sie übernehmen Mandate und üben sie aus. Die Wahlbeteiligung ist für sie unter anderem auch Heerschau. Sie wollen die Kräfte messen, die sich um die kommunistische Bewegung scharen. Je größer der sichtbare Ausdruck der Stärke der Bewegung, um so nachhaltiger die Werbekraft. Jede Kraftäußerung wirkt wie ein Magnet. Die stärkste Kraftäußerung erweckt Hoffnung und Vertrauen. Wir Kommunisten wollen Hoffnung und Vertrauen erwecken. Die noch zögernden und schwankenden Massen sollen die Ueberzeugung gewinnen, daß das Proletariat stark ist, überwältigend stark, so stark, daß es die Herrschaft übernehmen kann, wenn es will. Dies Wollen bedeutet Kampf. Nicht vor einer Willensäußerung streckt die herrschende Klasse die Waffen. Sie muß waffen- und wehrlos gemacht werden in hartem, zähem, unerbittlichem Klassenkampf. Das Proletariat muß die herrschende Klasse überwältigen und knebeln. Diese Aufgabe kann die Arbeiterschaft keinem Dritten übertragen. Keiner Regierung, keiner Partei, keinem Parlament. Trotzdem gehen die Kommunisten in das Parlament hinein. Die kommunistischen Abgeordneten übernehmen aber nicht den Auftrag, in und durch das Parlament die Klassenforderungen des Proletariats gegen die herrschende Gesellschaft zu verwirklichen. Das wäre eine unlösbare Aufgabe. Die kommunistischen Abgeordneten übernehmen nur die Aufgabe, auch im Parlament für den kommunistischen Gedanken für den Klassenkampf zu werben und zu wirken. Sie werden selbstverständlich auch im Parlament versuchen, wirtschaftliche, soziale und politische Verbesserungen durchzusetzen, Verschlechterungen abzulehnen. Aber in der Hauptsache werden und können sie durch die parlamentarische Arbeit den breiten Massen nur den Anschauungsunterricht vermitteln, daß die Arbeiterschaft nicht mit den Mitteln des Parlaments der bürgerlichen Demokratie und des Stimmzettels zur Herrschaft gelangen kann. Parlamente sind höchstens in jeweiliger Situation Hilfsmittel zur Unterstützung des Klassenkampfes.

Wenn also die Kommunisten in den Wahlkampf hineingehen, so sagen sie dem Proletariat nicht, daß es durch Abgabe kommunistischer Stimmzettel schon unmittelbar revolutionäre Kämpfe, daß es mit der Abgabe eines kommunistischen Stimmzettels etwas von seiner historischen Aufgabe, die es selbst nur lösen kann, an Dritte übertragen hätte. Die Beteiligung an der Wahl ist zweckdienlich, um das Heer der Kommunisten zu vergrößern, um die Voraussetzungen des revolutionären Kampfes zu schaffen. Nicht Eroberung des Parlaments, sondern Eroberung der politischen Macht im Klassenkampf — das ist kommunistisches Ziel. Und das ist der Kommunisten Hauptwahlparole.

Die Rentenmark wackelt weiter

Die Renten- und Papiermark haben die Folgen des Schlaganfalls noch nicht überwunden, sie wackeln weiter. Am letzten Freitag haben Finanzminister Luther und Reichsbankpräsident Schacht den Hauptausschuß des Reichstages alarmiert. Sie haben von ihm einen außerordentlichen Kredit von 800 Millionen Goldmark gefordert. Damit geben die Herrschaften selber zu, daß ihre Stabilisierung der Mark mißglückt ist.

Die Stabilisierung der Mark und die Wertbeständigkeit der Rentenmark hängt zum großen Teil von der Einstellung der Schuldenwirtschaft des Reiches ab. Das Rentenbankgesetz bestimmt demgemäß, daß das Reich nicht, wie bis zum 15. November, schrankenlos bei der Reichsbank Kredite aufnehmen darf. Trotzdem hat das Reich seit dem 15. November für nicht weniger als 209 Millionen Goldmark neue schwebende Schulden in Rentenmark aufgenommen. Aber diese Schuldenwirtschaft geht nicht mehr weiter. Und da das Rentenbankgesetz entgegensteht, so hebt man einfach durch ein neues Gesetz, das den Pump von 800 Millionen Goldmark erlaubt, diese hemmenden Bestimmungen auf.

Dieser Pump sind die Helfferischen Kriegskredite und die Havensteinsche Schuldenwirtschaft in neuer, nicht verbesserter Auflage. Wie sollen die aufgebracht werden? Jedenfalls nicht durch Besitzsteuern. Die Unternehmer denken nicht daran, Besitzsteuern oder Vermögenssteuern zu zahlen. **Ja, die rheinischen Schwerkapitalisten bringen es, wie Herr Luther im Reichstage festgestellt hat, fertig, die von ihnen eingezogenen Lohnsteuern in eigener Tasche zu behalten.** Und Herr Luther, der Stinnesminister, entschuldigt diese Unterschlagungen der Schwerkapitalisten mit Eingriffen der Franzosen, die es den armen Unternehmern unmöglich machen, die Lohnsteuern der Arbeiter in die Reichskasse abzuführen.

Die übrigen Steuern, einschließlich der Mietssteuer, die 600 Millionen Goldmark bringen soll, reichen, das steht heute schon fest, zur Deckung des von Monatsdekade zu Monatsdekade wachsenden Defizits nicht aus.

So läuft die Kreditbeschaffung, für die Luther die Erlaubnis des Reichstags eingeholt hat, darauf hinaus, neue Schatzwechsel auszugeben. Der Unterschied ist nur der, daß diese Schatzwechsel und damit die Schulden des Reiches wertbeständig sind, daß also das Risiko der Geldentwertung jetzt von den Schultern der Gläubiger, der großen Banken, die das Reich bewuchern, auf die Schultern des bankrotten Reichs, das heißt, die ausgepumpten Steuerzahler gesetzt werden.

Neue Schatzwechselkredite bedeuten aber auf die Länge die Ausgabe neuen Papiergeldes und damit neue Geldentwertung.

Diese Geldentwertung tritt immer deutlicher in Erscheinung. Nach dem Großhandelsindex des „Berliner Tageblatts" ist in der Woche vom 19. bis 26. Februar der Preis für Lebensmittel um 3,3 Prozent gestiegen, d. h., daß im Kleinhandel die Steigerung mindestens das Doppelte beträgt. Dieses unaufhaltsame Steigen der Preise ist der beste Beweis für die unaufhaltsame Entwertung der Rentenmark, dieses Kindes der gemeinsamen Arbeit von Helfferich und Hilferding.

F. O. H. Schulz auf dem Wählerfang

Das hallische „Volksblatt" und der ausradierte „Klassenkampf"

Die Sozialdemokraten eröffnen den Reichstagswahlkampf mit einem netten Betrug. Im „Volksblatt" (Nr. 44 vom 21. Febr.) werden unter der schreienden Ueberschrift „Auf zur Wahl" parlamentarische Aktionen angekündigt gegen die von den Sozialdemokraten selbst verschuldeten Verordnungen, die auf Grund der Ermächtigungsdiktatur erlassen wurden. Die Sozialdemokraten sind allein verantwortlich für die Ermächtigungsgesetze; sie tragen auch die Verantwortung für die Folgen. Ist es somach schon eine schamlose Komödie, gegen die eigenen Verbrechen zu „protestieren", so ist die Art dieses Protestes der Gipfel plumpen Wahlschwindels.

Das „Volksblatt" druckt als Lockspeise für die Arbeiterwähler eine angeblich von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingebrachte Interpellation ab, die mit scharfen Wendungen gegen Regierung und Unternehmertum nicht spart. In der tatsächlich am 22. Februar im Reichstag eingebrachten Interpellation (Drucksache Nr. 6468) sind **alle die Stellen, welche die Regierung und Unternehmer unangenehm berühren könnten, vorsichtig weggelassen!**

Nachstehend stellen wir die beiden Interpellationen, die für die leichtgläubigen Arbeiter, sowie die für die Regierung bestimmte, einander gegenüber:

Wortlaut im „Volksblatt"

(Die eingeklammerten [...] fehlen Sätze, welche in der [illegible] eingebrachten Interpellation).

„Die sozialdemokratische Aktion zugunsten des schaffenden Volkes wird eingeleitet durch folgende Interpellation:

Seit Monaten herrscht eine Massenarbeitslosigkeit, die für Millionen von Volksgenossen — Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige der freien und sonstigen Berufe — furchtbarste Not und bitteres Elend bedeuten.

[Obwohl die Befürchtungen einer wachsenden Arbeitslosigkeit von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften rechtzeitig ausgesprochen worden sind, hat die Reichsregierung keinerlei ausreichende Vorbeugungsmaßnahmen getroffen.]

Die derzeitige Produktionsstockung ist vor allem eine Absatzkrise.

[Die Ausfuhr deutscher Waren ist durch eine unumschränkte Monopol- und Kartellwirtschaft gelähmt. Sie schützt die technisch rückständigsten Betriebe und verhindert die zur Steigerung der Exportfähigkeit nötige kaufmännisch-technisch rationelle Betriebsweise und Konkurrenzfähigkeit. Im Inland werden die Absatzmöglichkeiten durch unerhörten Lohndruck, das Anschwellen der Arbeitslosigkeit und das dadurch bedingte Schwinden der Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten aufs schwerste beeinträchtigt. Die Regierung verhält sich gegenüber diesem Sinken der inneren Konjunktur nicht nur völlig passiv; sie trägt ihrerseits noch dazu bei, die Reallöhne immer weiter herabzudrücken. Vom Finanzminister ist die Absicht bekannt geworden, durch Einwirkung auf die Schlichtungsausschüsse die Löhne der Privatindustrie ohne Rücksicht auf deren Leistungsfähigkeit ebenso gewaltsam zu senken, wie die Löhne und Gehälter in den Staatsbetrieben.]

Die erschreckende Verschärfung der deutschen Wirtschaftskrise ist hervorgerufen durch den sozialreaktionären Vorstoß der deutschen Industrie, insbesondere der Schwerindustrie im besetzten Gebiet, der in seinen Wirkungen einer allgemeinen Produktionssabotage gleichkommt. Unmittelbar nach Beendigung des passiven Widerstandes, in dessen Verlauf die Arbeiter, Angestellten und Beamten des besetzten Gebietes unermeßliche Opfer gebracht haben, hat die rheinische Schwerindustrie einen wohlvorbereiteten Ueberfall auf die gesamte Arbeitnehmerschaft unternommen. Statt der von ihr immer gepriesenen Volksgemeinschaft hat sie eine Arbeitsgemeinschaft mit dem französischen Militarismus zu schließen versucht, um mit Hilfe der französischen Besatzung den Achtstundentag und das Betriebsrätegesetz der deutschen Arbeiter zu Fall zu bringen. Nur an der Ablehnung durch den General Degoutte ist diese Verschwörung gescheitert. Dann haben dieselben Unternehmer ihr Ziel durch Massenkündigungen und Stilliegung ihrer Betriebe erzwungen. Das organisierte Unternehmertum hat auf diese Weise seine unumschränkte Vorherrschaft wiederhergestellt, zugleich mit dem Versuch, die ganze Last der Reparationsregelung auf die breiten arbeitenden Massen abzuwälzen.

[Im schärfsten Klassenkampf des Unternehmertums werden Löhne und Gehälter immer weiter abgebaut, die Arbeitszeit wird unerträglich verlängert. Alle wirtschaftlichen und sozialen Bindungen werden niedergerissen, um den uneingeschränkten Betriebsabsolutismus wiederherzustellen.]

Interpellation für den Reichstag (Drucksache Nr. 6486).

Müller (Franken) und Genossen.

Seit Monaten herrscht eine Massenarbeitslosigkeit, die für Millionen von Volksgenossen — Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige der freien Berufe — furchtbarste Not und bitterstes Elend bedeuten.

Die derzeitige Produktionsstockung ist vor allem eine Absatzkrise. Die erschreckende Verschärfung der deutschen Wirtschaftskrise ist hervorgerufen durch den sozial-reaktionären Vorstoß der deutschen Industrie, insbesondere der Schwerindustrie im besetzten Gebiet, der in seinen Wirkungen einer allgemeinen Produktions-Sabotage gleichkommt. Unmittelbar nach Beendigung des passiven Widerstandes, in dessen Verlauf die Arbeiter, Angestellten und Beamten des besetzten Gebietes unermeßliche Opfer gebracht haben, hat die rheinische Schwerindustrie im besetzten Gebiet, der in seinen Wirkungen einer allgemeinen Produktionssabotage gleichkommt. Unmittelbar nach Beendigung des passiven Widerstandes, in dessen Verlauf die Arbeiter, Angestellten und Beamten des besetzten Gebietes unermeßliche Opfer gebracht haben, hat die rheinische Schwerindustrie einen wohlvorbereiteten Ueberfall auf die gesamte Arbeitnehmerschaft unternommen. Statt der von ihr immer gepriesenen Volksgemeinschaft hat sie eine Arbeitsgemeinschaft mit dem französischen Militarismus zu schließen versucht, um mit Hilfe der französischen Besatzung den Achtstundentag und das Betriebsrätegesetz der deutschen Arbeiter zu Fall zu bringen. Nur an der Ablehnung durch den General Degoutte ist diese Verschwörung gescheitert. Dann haben dieselben Unternehmer ihr Ziel durch Massenkündigungen und Stilliegung ihrer Betriebe erzwungen. Das organisierte Unternehmertum hat auf diese Weise seine unumschränkte Vorherrschaft wiederhergestellt, zugleich mit dem Versuch, die ganze Last der Reparationsregelung auf die breiten arbeitenden Massen abzuwälzen.

Angesichts dieser volksschädigenden Tätigkeit der sozialen Reaktion fragen wir die Regierung:

Ist sie bereit:

1. in Uebereinstimmung mit der Politik des englischen Arbeitsministers das Washingtoner Abkommen über den achtstündigen Arbeitstag sofort zu ratifizieren;
2. endlich die vom Reichstag wiederholt gefaßten Beschlüsse auf Schaffung von Arbeitsgelegenheit auszuführen und die zu derselben Frage vorliegenden umfassenden Vorschläge der Gewerkschaften zu beachten;
3. gegen den von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände organisierten Widerstand und die von dort betriebene offene Gesetzessabotage zum Zwecke der Beseitigung der Tarifverträge und der staatlichen Schlichtungsorgane entschiedene Abwehrmaßnahmen zu treffen, den Arbeitern und Angestellten einen ausreichenden Schutz zu gewähren;
4. die Schlichtungsausschüsse anzuweisen, die Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden nur bei zwingendem Nachweis volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und nur von Fall zu Fall verbindlich zu erklären?
5. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um zu verhindern, daß durch einen anhaltenden Lohnabbau und eine übermäßig verlängerte Arbeitszeit, die beide produktionshemmend wirken, erneut die außenpolitisch gefahrvolle Auffassung entsteht, als wäre in nächster Zeit eine Schmutzkonkurrenz von Deutschland auf dem Weltmarkt zu erwarten?

Berlin, den 21. Februar 1924.

Weiterhin hat die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, als die Spitzenvertretung des organisierten Unternehmertums, in Rundschreiben an ihre Unterverbände ein systematisches Vorgehen für die Beseitigung der Tarifverträge und des staatlichen Schlichtungswesens eingeleitet. Die Auflehnung gegen die Staatsgewalt und die bewußte Verletzung der Gesetze sind auf jener Seite bereits so weit gediehen, daß die Unternehmer von ihren Organisationen angewiesen werden, die staatlichen Schlichtungsausschüsse nicht mehr zu beschicken, Besitzer nicht mehr zu stellen, und sowohl bei freier als auch bei verbindlich erklärten Tarifverträgen, die ihnen nicht genehm sind, die Waffe der Betriebsschließung in Anwendung zu bringen.

[Dieselben Kreise, die seit Monaten unter dem Rufe nach Steigerung der Produktion die Aufhebung des Achtstundentages bezweckten, tragen zurzeit die stärkste Schuld am Produktionsrückgang und der Schädigung der deutschen Wirtschaft. Die Not des Reiches und die Not des deutschen Volkes werden ausgenutzt, um den längst gewollten

Abbau des Schutzes der Arbeitskraft

jetzt restlos durchzuführen. Eine Gesundung der deutschen Volkswirtschaft aber ist unvereinbar mit der Auslieferung der schaffenden Volkskräfte an private Ausbeutung. Die Voraussetzung für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft ist heute mehr denn je der Schutz der Arbeit als des wertvollsten Gutes der Nation.]

Angesichts dieser volksschädigenden Tätigkeit der sozialen Reaktion fragen wir die Regierung:

(Folgen unverändert die fünf Fragen, wie nebenstehend.)

Der Inhalt der Fragen an die Regierung ist so zahm und reformistisch, daß die sozialdemokratischen Wahlschieber wohl mit Recht fürchteten, sie würden ohne Beigabe der radikalen Sauce auf die Arbeiter keinen Eindruck machen.

Mit diesem schamlosen Betrug versucht die SPD. Stimmen zu ködern. F. O. H. Schulz, der sonst so ästhetisch veranlagte Mann, scheut sich nicht, den ausradierten Klassenkampf mit einer dreispaltigen Ueberschrift: „Die Generalwehr der Sozialdemokratie gegen den Ansturm des vereinigten Ausbeutertums auf die elementaren Daseinsbedingungen des schaffenden Volkes" zu übertünchen. Etwas mehr Raffinesse hätte man den Leuten im „Volksblatt" doch schon zugetraut.

In der „Vereinigten" wirds uneinig

Die stattgefundenen Bezirkslage der WSPD. geben immer mehr ein klares Bild über die vollkommene Uferlosigkeit der sozialdemokratischen Parteivorstandspolitik. So wurde auf dem Bezirksparteitag für den Bezirk Zwickau-Plauen mit allen gegen drei Stimmen eine Entschließung zur Reichspolitik angenommen, in der die Politik des letzten Jahres verurteilt und eine Umgestaltung der Reichspolitik der Partei gefordert wird. Des weiteren wurde gegen 19 Stimmen beschlossen, **Reichstagskandidaten, die für das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben, nicht wieder aufzustellen.** Die Aufstellung der Reichstagskandidaten erfolgt an 1. Stelle Max Seydewitz, an 2. Stelle Dr. Levi und an 3. Stelle Graupe aus Zwickau.

Zur sächsischen Frage beschloß der Bezirksparteitag gegen eine Stimme, beim Reichsparteitag zu beantragen, daß Landesparteitage in Fragen der Landespolitik das entscheidende Wort zu sprechen haben sollen. **Außerdem wurde die Landtagsauflösung gefordert.**

Auch der Bezirksparteitag Braunschweig beschäftigte sich mit der Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag. Als Reichstagskandidat wurde für Braunschweig Junke vorgeschlagen.

Als die Spitzenkandidaten im Wahlkreis Weser-Ems sind Alfred Henke und Hünlich (Rüstringen) nominiert. Ueber die Reihenfolge der übrigen Kandidaten wird noch verhandelt.

Soweit wir erfahren konnten, will man auch hier **ein allgemeines** Raufen verhindern durch gemütliche Verhandlungen. Nach all den Meldungen scheint es also bei dem Krach bei den „Vereinigten Brüdern" doch recht haarig herzugehen.

Macdonalds Briefwechsel mit Poincaré

Die Regierung Macdonald hat entschieden eine sehr eigentümliche Art, die Segnungen der Demokratie und des Pazifismus in der Außenpolitik zu verwirklichen. Sie setzt mit einem verschärften Wettrüsten zur See und in der Luft ein. Als Henderson es wagte, von der Revision des Versailler Vertrages zu sprechen, wurde er von Macdonald höchst feierlich desavouiert. Wie Macdonald sich zu Versailles und zu der Behandlung Deutschlands im allgemeinen stellt, zeigt sein diplomatischer Briefwechsel mit Poincaré. Macdonald ist für Aufrechterhaltung des Versailler Vertrags, er ist dafür, daß Deutschland Reparationen zahlt, er ist dafür, daß der französische Militarismus sich seine „Sicherheiten" aus dem Leibe Deutschlands schneidet, er ist nur dagegen, daß der französische Kapitalismus das Ruhrgebiet allein schluckt. Als getreuer Verfechter der kapitalistischen Interessen der englischen Bourgeoisie verlangt Macdonald die Internationalisierung des Ruhrgebiets, das heißt die Ausbeutung der deutschen Arbeiter nicht ausschließlich durch die französischen, sondern durch ein Konsortium internationaler Kapitalisten. Die Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland soll bestehen bleiben.

Auf dem Berliner Bezirksparteitag der USPD. hat Friedrich Adler neben der üblichen sozialdemokratischen Begeisterung für Macdonald einige Wahrheiten über diese „Arbeiter-Regierung" gesagt. „Die Arbeiterpartei", sagt Adler, „kann ihr Amt nur behaupten durch eine ganze Serie von schwersten Konzessionen an den Standpunkt der bürgerlichen Partei. Die Regierung Macdonald ist eines der schwersten und gefährlichsten Experimente, die je vorgekommen seien." Er erinnerte an das Wort Hendersons, daß die Arbeiterpartei zwar im Amte, aber nicht an der Macht sei. Das stimmt. Die Macht hat in England nach wie vor die Bourgeoisie.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240305-19/fragment/page=0002

Kommunistische Wahlerfolge

Von den Wahlen im Hamburger Landgebiet, über die wir bereits ganz kurz berichteten, liegen uns jetzt die Einzelergebnisse vor. Es ist wie bei allen übrigen Wahlen in letzter Zeit. Ueberall sind die kommunistischen Stimmen stark gestiegen. Die Gemeindewahlen ergaben: Bergedorf (Stadt): Kommunisten 1197, Sozialdemokraten: 2793, Demokraten 1059, Bürgerliche: 4399. Das Wahlergebnis 1919 war: Kommunisten: —, Sozialdemokraten: 3698, Unabhängige: 639, Demokraten: 1234, Bürgerliche: 1809, Grundeigentümer: 405.

Cuxhafen: Kommunisten: 691 (153), Sozialdemokraten: 2672 (2700), Bürgerliche: 2511, Wilkische: 544, Unpolitische: 132.

Geesthacht: Kommunisten: 1187, Sozialdemokraten: 588, Bürgerliche: 1076. Die Kommunisten bekommen 9, die Sozialdemokraten 4, die Bürgerlichen 8 Sitze. Die Sozialdemokraten haben 1 Sitz an die Kommunisten und 2 Sitze an die Bürgerlichen verloren.

Aehnliche Ergebnisse waren bei den Wahlen zum Landesausschuß.

Das „Ruhr-Echo" erscheint wieder

(Eig. Drahtm.) **Essen**, 3. März.

Die französische Besatzungsbehörde hat das seit Oktober 1923 unterdrückte „Ruhr-Echo", ebenso sämtliche bisher verschlossenen Räume der KPD. sowie Buchhandlung freigegeben. Im Auftrage eines Vertreters der Stadt Essen erfolgte heute die Uebergabe an die Vertreter der Verlagsgenossenschaft und der Partei. Der Zustand der technischen Einrichtungen erfordert gründliche Wiederinstandsetzung, so daß das Wiedererscheinen des „Ruhr-Echo" erst nach 14 Tagen wieder möglich sein wird. Im Verlauf des Tages erschienen zahlreiche Delegationen aus den Essener Betrieben und Schachtanlagen, um ihre Freude über das Wiedererscheinen des „Ruhr-Echo" auszudrücken.

Die „Sozialistische Republik" beschlagnahmt

(Eig. Drahtm.) **Köln**, 4. März.

Die heutige Ausgabe der „Sozialistischen Republik", Organ der KPD., wurde von der deutschen Polizei im Auftrag des Kreisdelegierten der Interalliierten Kommission beschlagnahmt und verboten. Eine Begründung ist bisher noch nicht erfolgt.

Jeder Staat will seine eigne Goldnotenbank

(Eig. Drahtm.) **Dresden**, 5. März.

Der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold hat sich von einem bürgerlichen Journalisten über seine Pläne aushorchen lassen. Dabei soll ihm entschlüpft sein, daß man bald mit der Einführung der Goldnote rechnen könne. Unter Umständen habe die Absicht, für Sachsen allein eine Goldnote herauszugeben, und zwar auf Grund des alten Privilegs der Sächsischen Bank. Diese Bank verfügt bekanntlich noch über einen Goldbestand von etwa 17 Millionen Mark. Außerdem sind noch Devisenbestände vorhanden oder können beschafft werden. Auf dieser Unterlage soll eine sächsische Goldnote herausgegeben werden. Ein Aufgehen der sächsischen Goldnotenbank in der Reichsnotenbank sei zunächst nicht beabsichtigt.

*

Erst gab jeder, der Luft an der Spekulation hatte, sein eigenes Notgeld heraus. Dann gab jedes Ländchen neben der Rentenmark seine eigenen wertbeständigen Geldsorten heraus. Warum also nicht auch jedem Ländchen seine eigene Goldnotenbank. Anschließend wird dabei doch ein Geschäft gemacht.

Eine Duellaffäre im Reichstag

Die Deutschvölkischen sind wirklich „Helden". Wer es bisher noch bezweifelte, wird durch folgendes Geschichtchen eines anderen belehrt: Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Cremer hatte während der letzten Reichstagsdebatte Herrn v. Graefe das Wort „Hochverräter" zugerufen. Darauf haben die drei deutschvölkischen Reichstagsabgeordneten v. Graefe, Wulle und Henning einen Kartellträger zu ihm entsandt und ihn auf Pistolen „bis zur Kampfunfähigkeit" gefordert. — Sich dreimal bis zur Kampfunfähigkeit herumzuschießen ist zwar etwas viel verlangt. Aber immerhin hätte man von dem Deutschen Volksparteiler Dr. Cremer, der doch auch ein guter Monarchist ist und sicherlich auch ehemals Reserveoffizier war, erwarten dürfen, daß er die Forderung auf Leben und Tod annimmt, um durch ein „Gottesgericht" zu beweisen, welche von den beiden nationalistisch-monarchistischen Parteien die „wahrste und reinste Vertretung des Deutschtums" ist. Herr Cremer hat abgelehnt und will am Mittwoch dem Reichstag von der Affäre Mitteilung machen. Vermutlich wird er damit auch den Deutschvölkischen einen Gefallen tun. Eine Schießerei bis zur „Kampfunfähigkeit" — wer weiß, was für ein Unfall dabei hätte passieren können. Das Unglück hätte es am Ende doch vielleicht auch wollen können, daß die Deutschvölkischen einen Generalmaulaufreißer weniger gehabt hätten.

Vom Hitler-Prozeß

Vernehmung der Zeugen hinter verschlossenen Türen

München, 5. März.

In der Dienstag-Vormittagssitzung waren von den 11 Zeugen von der Industrieschule nur zwei vernommen worden. Auf die Vernehmung der übrigen wurde verzichtet. In der weiteren Zeugenvernehmung wurde als erster Oberregierungsrat Temmer, Stellvertreter des Münchener Polizeipräsidenten, vernommen, der u. a. erklärte, daß Frick durchaus rechts eingestellt war und mit den führenden Persönlichkeiten der Deutschvölkischen Beziehungen aufrechterhielt.

Ehe der Gerichtsvorsitzende von den Zeugen Angaben über die Vorgänge entgegennahm, erhob sich Rechtsanwalt Roder, der Verteidiger Hitlers, und gab im Auftrage der Gesamtverteidigung eine Erklärung ab, die dagegen protestiert, daß in diesem Prozeß in außergewöhnlicher Weise Zeugenbeeinflussungen nach verschiedenen Richtungen vorgekommen seien. Auf der einen Seite sei das Wort getreten worden, auf der anderen Seite sei die Unwahrheit ins Volk getragen worden durch amtliche Darstellungen über den Prozeß. Insbesondere habe General von Lossow sogenannte „Amtliche Darstellungen über den Prozeß" in etwa 400 Exemplaren herstellen und vom Truppenkommandeur und von einzelnen höheren Offizieren verteilen lassen. Auch in einem „Weißblauen Büchlein" sei auf den Prozeß eingewirkt worden, und zwar könnten hier nur Polizeibeamte von Seißer oder seine Hintermänner als Verfasser in Betracht kommen. Aber nicht nur die Zeugen seien beeinflußt worden, sondern auch die beteiligten Herren v. Lossow, v. Seißer und v. Kahr hätten ihre Aussagen vor dem Ermittlungsrichter offenbar gemeinsam statt einzeln gemacht. Jeder der Genannten habe, ehe er seine Aussagen gemacht habe, die Aussagen der anderen Beteiligten studieren und sich darauf einstellen können. Man finde in vielen Stellen in den Aussagen der drei Herren wörtlich Uebereinstimmendes, wenn diese Stellen auch falsch und unwahr seien. Der Verteidiger beantragt zum Schluß, daß der Bericht v. Lossows durch das Gericht zur Verlesung kommt.

Rechtsanwalt Holl nimmt Stellung zu der Zeitungsmeldung, wonach Kardinal Schulte in Köln gegen die Rede Ludendorffs von der Kanzel aus Stellung nehmen wolle, und nennt es ein Verbrechen, die Kanzel in den Dienst dieser Sache zu stellen. Holl schließt sich dem Antrag an, daß der ganze Bericht sofort verlesen werde.

Das Gericht beschloß schließlich, die Verlesung der Denkschrift des Generals von Lossow einem späteren, vom Vorsitzenden zu bestimmenden Zeitpunkt vorzubehalten. Staatsanwalt Stenglein beantragt, als die Sache wieder brenzlig wird, generellen Ausschluß der Oeffentlichkeit. Das Gericht beschloß darauf, während der Vernehmungen der Zeugen aus der Infanterieschule die Oeffentlichkeit auszuschließen. Die weiteren Zeugenvernehmungen finden erst am Donnerstagvormittag statt. Die Vernehmung der drei Hauptzeugen Kahr, Lossow und Seißer soll erst später erfolgen.

Währungsreform in Sowjet-Rußland

(RTU.) **Moskau**, 4. März.

Wie die Russische Telegraphen-Agentur berichtet, werden die neuen Silbermünzen, die wertbeständigen Staatskassenscheine und die Preissenkungen von allen Schichten der Bevölkerung freudig begrüßt. Die Regierung habe auf die Durchführung der Finanzreform ihre ganze Energie konzentriert. Sie halte diese Reform nicht für eine lediglich technische und finanzielle Aufgabe, sondern für eine Aufgabe von politischer Bedeutung.

Die mit der Finanzreform verbundenen Maßnahmen werden mit besonderer Schnelligkeit und Entschlossenheit durchgeführt. Heute sind in diesem Zusammenhang vier Verordnungen erlassen worden. Die erste ordnet die Umstellung aller Verträge, Tarife usw., auf Goldvaluta an. Die zweite behandelt die Frage der Löhne, die von jetzt ab in Tscherwonez berechnet und nur in fester Währung bezahlt werden sollen. Die dritte Verordnung sieht einen Abbau der Kleinhandelspreise vor. Die Preise im Kleinhandel waren gestiegen, weil die Händler angesichts der Entwertung des Sowjetgeldes eine Risikoprämie eingerechnet hatten. Die vierte Verordnung bringt die Verpflichtung zur regelmäßigen Veröffentlichung der Kleinhandelspreise in Goldwährung.

Um einen Abbau der Getreidepreise zu erreichen, wird die Zufuhr der vom Staate gesammelten Vorräte in die Industriezentren verstärkt. Die Preise für Baumwollstoffe, Leinenwaren, Petroleum, Zucker und sonstige Waren des täglichen Bedarfs sind um 10 bis 20 Prozent herabgesetzt worden. Eine Ermäßigung der Transporttarife steht bevor.

Gleichzeitig mit diesen wirtschaftlichen Maßnahmen sind auch energische Maßnahmen finanzieller Art getroffen worden. Die Ausgabe von Tscherwonez ist stark herabgesetzt worden. So hatte die Staatsbank im Januar 30 Millionen Tscherwonez ausgegeben; für März hat die Regierung nur die Emission von 6 Millionen Tscherwonez gestattet. Das auf 160 Millionen festgesetzte Ausgabenbudget für März ist auf 147 Millionen herabgesetzt worden.

Von diesem Betrage werden 120 Millionen durch Steuereinnahmen gedeckt, der Rest wird durch Kreditoperationen aufgebracht.

Wie das Volkskommissariat für Finanzen bekanntgibt, soll die feste Währung nicht der Deckung des Defizits, sondern lediglich dem Warenaustausch dienen. Der Umlauf von fester Währung wird nur entsprechend der Entwicklung des Warenaustausches vermehrt werden. Die scharfe Begrenzung der Emission sichere der neuen Währung einen festen Kurs.

An Lenins Gruft

Moskau, 3. März.

Die Gruft Lenins ist heute ohne weitere Ankündigung geöffnet worden. Jede Feierlichkeit ist unterblieben. Je 15 Personen, die sich ausweisen können, werden gleichzeitig in die Gruft, die auf dem Roten Platz an der Kremlmauer liegt, eingelassen. Lenins Sarg befindet sich in einem etwa fünf Meter unter dem Boden liegenden Raum, der mit schwarzen und roten Tuchbahnen ausgeschlagen ist. Der Körper Lenins ist halb von einer schweren Decke verhüllt. Das ruhige, ernste, vollkommen erhaltene Gesicht und die Hand sind unter einer Glasplatte in der Nähe sichtbar. Die Gruft wird durch Rotgardisten, die im Grabraume und im Umkreise aufgestellt sind, bewacht.

Ein Lügenmaul gestopft

(WTB.) **Moskau**, 4. März.

Der politische Vertreter des Sowjetbundes in Reval hat bei der estnischen Regierung Protest dagegen eingelegt, daß der estnische Minister des Innern Einbund Ende Januar in Zusammenhang mit den Verhaftungen estnischer Kommunisten die Sowjetregierung beschuldigt hatte, daß sie die kommunistische Internationale mit Geldmitteln unterstütze und durch die politische Vertretung in Reval Beziehungen zu den estnischen Kommunisten unterhalte.

Die Moskauer Blätter veröffentlichen nun die Antwort des estnischen Ministers des Aeußern, in der dieser namens der estnischen Regierungen die Aeußerungen des Ministers des Innern bedauert und erklärt, daß die Angaben, auf die dieser sich geäußert habe, sich bei genauerer Prüfung nicht als richtig erwiesen hätten.

In Moskauer Regierungskreisen gilt der Zwischenfall als erledigt.

Politische Notizen

Aus der Haft entlassen. WTB. meldet aus Dresden: Die am Mittwoch wegen Abhaltung einer nicht genehmigten Versammlung verhafteten 66 Kommunistenführer, darunter der Landtagsabgeordnete Renner, sind gestern wieder aus der Haft entlassen worden. Ueber das Ergebnis der gegen sie geführten Untersuchung ist nichts Näheres bekanntgeworden. — Die letzte lakonische Bemerkung des WTB. besagt so viel: Die 66 Genossen wurden willkürlich unter dem Belagerungszustand verhaftet und unter dem glorreichen sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregime auch noch nach dem Fall des Ausnahmezustandes grundlos in Haft behalten.

Patriotische Prügelhelden. Der Stadtrat Bollerhof und zwei seiner Freunde erhielten vom Schöffengericht Leipzig wegen Landfriedensbruchs je drei Monate Gefängnis zudiktiert, weil sie vor einem Jahr nach einer Kneiperei im „Karskeller" einen Gast schwer mißhandelt hatten, der angeblich beim Deutschlandlied nur während der ersten Strophe aufgestanden war, sich dann aber wieder gesetzt haben soll. Das Gericht erkannte den Verurteilten eine dreijährige Bewährungsfrist zu. Vier weitere Angeklagte, Kaufleute und Fabrikanten, wurden freigesprochen.

Es bleibt bei den Schandlöhnen der Buchdrucker. Der zur Entscheidung des Lohnstreites im deutschen Buchdruckgewerbe im Reichsarbeitsministerium gebildete Schlichtungsausschuß hat gestern einen Schiedsspruch dahin gefällt, daß der gegenwärtige Lohn bis zum 28. März unverändert bestehen bleibe. — Das deutsche Buchdruckgewerbe ist eines der wenigen Industriezweige, in denen jetzt bei riesigen Profiten der Unternehmer Hochkonjunktur herrscht. Aber je höher die Profite, desto ausbeutungswütiger sind die Unternehmer. Das weiß natürlich auch der „Schlichter", der auf Grund der unter der Ermächtigungsära erlassenen Schlichtungsverordnung seines Amtes waltet und im Interesse der Kapitalisten „schlichtet". Es ist so eine bittere Ironie des Schicksals, daß es gerade die Buchdrucker, die sich von allen Arbeitern in ihrer Mehrheit noch am gedankenlosesten von den reformistischen Gewerkschaftsführern gängeln lassen, am hartesten unter der Fesselung des von ihren Führern mitgeschaffenen Ermächtigungsgesetzes zu leiden haben.

Freigegebene Ausfuhr für Hölzer. Die Ausfuhr von Bau- und Nutzholz sowie Eisenbahnschwellen aller Art ist freigegeben worden.

Spionageprozeß. In Kattowitz fand gestern die Verhandlung gegen den vor etwa einem halben Jahre wegen Spionageverdachtes verhafteten Doering statt. Angeklagt waren auch der Direktor Bernard und der Oberreiser Sliwinski wegen Begünstigung des Hochverräters Doering durch seine Aufnahme als Angestellter in die Verwaltung der Königshütte, und Chefredakteur Michna von der Kattowitzer Zeitung, der ihm mehrere Pläne nachgewiesen haben soll. Nach dem „Oberschl. Kurier" wurde Doering zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die drei Mitangeklagten wurden freigesprochen.

Severings rechte Hand. Vor kurzem starb der Staatssekretär Dr. Freund, der bekanntlich unter Severing der eigentliche Herrscher im preußischen Polizeiministerium war. Der Sozialdemokrat Severing mußte nun sich einen neuen Geschäftsführer suchen. Wie WTB. heute berichtet, fiel seine Wahl auf den Ministerialdirektor Dr. Meister. Die rechte Hand Severings wird also in Zukunft ein ehemals wilhelminischer Landrat sein.

Ausland

Koalitionsbereitschaft der belgischen Sozialdemokratie

Paris, 5. März. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps" meldet, der Generalrat der sozialistischen Partei erklärte in einer Tagesordnung, der König würde seine verfassungsmäßigen Kompetenzen überschreiten, wenn er nicht zunächst den Versuch machte, die Regierung mit derjenigen Mehrheit zu bilden, die bei der Abstimmung vom 27. Februar sich gebildet habe. Die Bedingungen der Sozialisten für die Beteiligung an einer Koalitionsregierung bis zu den Wahlen seien: Einstellung der militärischen Besetzungspolitik, Kampf gegen die Teuerung und freundschaftliche Regelung der Reparationsfrage.

*

Die „Einstellung der Besetzungspolitik" und die „freundschaftliche Regelung der Reparationsfrage" sind im Munde der Sozialimperialisten Vandervelde und Konsorten nur Phrasen, mit denen diese Herrschaften den Verrat des Proletariats an der Bourgeoisie durch die Koalitionspolitik zu vertuschen suchen. Es fragt sich nur, ob die belgischen Proleten bei den Neuwahlen auf diesen neuen Trick der Sozialimperialisten hereinfallen werden.

Die englische Arbeiter-Regierung muß sich den imperialistischen Machthabern beugen

(WTB.) **London**, 5. März. Der Antrag des Lords Londonderry betreffend Stärkung der englischen Luftflotte unter dem Gesichtspunkt des Zweimächtestandards wurde trotz der ablehnenden Ausführungen des Luftfahrtministers Thompson vom Oberhause angenommen. — Unter dem „Gesichtspunkt des Zweimächtestandards" ist anscheinend die neueste Diplomatensprache der kapitalistischen Raubritter. Demnach sieht, trotz des Briefwechsels zwischen Poincaré und Macdonald, es sehr faul mit der Friedfertigkeit in Europa aus.

Internationale Korruption

Prag, 4. März. Die Verhandlungen im Prager Kriegsministerium haben eine neue Bestechungsaffäre ans Tageslicht gebracht. Es handelt sich um betrügerische Manipulationen bei Benzinlieferungen für die Armee. Es wurden bisher zwei Staatskapitäne, zwei Kapitäne und ein Major verhaftet, außerdem eine Anzahl von Zivilpersonen, doch zieht die Angelegenheit noch immer weitere Kreise. In die Affäre ist auch die Bank der tschechischen Legion verwickelt.

*

Dieser Skandal reiht sich würdig an den französischen Wiederaufbauskandal und an den amerikanischen Petroleumskandal. Die Korruption gehört zur Existenz eines kapitalistischen Staates, mag ihre Anwendung verschiedenartig sein, in ihrer Auswirkung wird sie stets die „Moral" der herrschenden Klasse kennzeichnen.

Revolution in Honduras

Neuyork, 4. März. Die revolutionären Kämpfe in Honduras nehmen ernstere Gestalt an und schaffen eine auch für die amerikanische Interessen bedenkliche Lage. Auf Befehl der Regierung ist ein Torpedobootszerstörer eilig nach Honduras abgegangen. Auch ist Anweisung erteilt worden, daß noch weitere Landungen von amerikanischen Marinesoldaten zum Schutze von Leben und Eigentum der Bürger der Vereinigten Staaten vorgenommen werden.

*

Die kapitalistische Regierung in den Vereinigten Staaten wird um der Expansion willen weitere Marinesoldaten landen, auf das Eigentum und das Leben der Bürger pfeift doch jede kapitalistische Regierung.

Gewerkschaftsbewegung

Auf, zur Wahl der Betriebsräte

Durch Versagen der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie im Kampfe gegen den Angriff des Unternehmertums haben die Betriebsräte eine immer größere Bedeutung als Kampforgane der Arbeiterschaft erhalten. In vielen Kämpfen, die spontan aus den Massen herauswachsen sind, haben sie die Führung der Kämpfe übernommen. Die Betriebsräte sind damit mehr und mehr neben wirtschaftlichen Interessenvertretungen im Betrieb zu Kampforganen der proletarischen Klasse geworden. Der Kampf der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft richtet sich daher auch vor allem gegen die Betriebsräte. Die oppositionelle Betriebsrätebewegung wurde verboten. Durch die Aufhebung der Demobilmachungsverordnungen im November vorigen Jahres wurde den Betriebsräten ein wichtiger Teil ihres Arbeitsgebietes genommen und ihre Betätigung im Betriebe für die Arbeiterschaft wesentlich eingeschränkt. Der Kampf der Unternehmer gegen die Betriebsräte ist zu einem systematischen Feldzug geworden. Ihre Bewegungsfreiheit und ihre Feststellung von der Produktion wird aufs äußerste eingeschränkt. Bei den geringsten Differenzen wird zur Entlassung der Betriebsräte geschritten. In den Betrieben, wo Neuwahlen stattfinden müssen, werden die Kandidaten entlassen. Bei der schlechten Lage in den einzelnen Betrieben hat dieses Vorgehen bereits dazu geführt, daß keine Betriebsrätewahlen zustande kamen und die Betriebe ohne Betriebsräte sind. Die Unternehmer versuchen auf diesem Wege das Betriebsrätegesetz zu umgehen. Die Vorstöße des Unternehmertums gegen die Betriebsräte sind nur ein Teil der großen, allgemeinen Offensive der Bourgeoisie gegen die Existenz, die Rechte und die Freiheit der Arbeiterklasse.

Die bevorstehenden Betriebsrätewahlen haben eine ganz außerordentliche Bedeutung, eine viel größere Bedeutung als alle bisher stattgefundenen. Bei den kommenden Wahlen müssen deshalb alle passiven und reformistischen Elemente aus den Betriebsräten ausgeschaltet und die Betriebsräte zu Kampforganen des proletarischen Klassenkampfes werden.

Aus diesen Gründen erwächst allen auf dem Boden der Weimarer Gewerkschaftsopposition stehenden Arbeitern die Pflicht, die kommenden Betriebsrätewahlen auf das intensivste politisch und organisatorisch vorzubereiten. In allen Orten, in denen von der Opposition beherrschte freigewerkschaftliche Betriebsrätezentralen bestehen, müssen diese die Wahlvorbereitungen treffen. In allen Betrieben müssen die oppositionellen Gewerkschafter auf die gewerkschaftlichen Listen Kandidaten der Opposition bringen. Wo dies nicht möglich ist, müssen die oppositionellen Kollegen eigene Listen mit dem Kennwort: „Liste der gewerkschaftlichen Opposition" aufstellen. Es dürfen nur Kandidaten aufgestellt werden, die sich zum Kampfe gegen die Militärdiktatur, gegen die kapitalistische Offensive, für die Erhaltung des Achtstundentages, für Anerkennung der Beschlüsse der Weimarer Konferenz, der oppositionellen Ortsausschüsse des ADGB. und für Anerkennung des Rechtes der Betriebsversammlungen auf jederzeitige Abberufung des Betriebsrates durch Mehrheitsbeschluß verpflichten. Der letzte Punkt dürfte angesichts der Tatsache, daß schon mancher Betriebsrat auf die schiefe Ebene gekommen ist und nicht entsprechend den Wünschen seiner Wähler gehandelt hat, nicht aus dem Auge verloren werden.

Neben der Einleitung der organisatorischen Vorbereitungen muß eine umfassende systematische Propaganda-Arbeit durchgeführt werden. In allen Betrieben müssen Betriebsversammlungen stattfinden, in denen klar die Ziele der Gewerkschaftsopposition darzulegen sind. Die Arbeiter müssen erkennen, daß die Betriebsräte in ihrer Arbeit dauernd gehemmt werden, wenn sie sich nicht auf die gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats stützen können. Die hertige Organisationsform der Gewerkschaften verhindert ein festes Zusammenarbeiten zwischen den Gewerkschaften und Betriebsräten. Ein solches kann erst einsetzen, wenn die Gewerkschaften von der klassenbewußten Arbeiterschaft erobert und in starke Industrieverbände umgewandelt werden, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen und in denen die Betriebsräte die Grundpfeiler der Organisation bilden. Durch schriftliche und mündliche Propaganda muß der Erfolg des Wahlausganges für die Liste der Weimarer Opposition gesichert werden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240305-19/fragment/page=0003

Kommunales

Zu den bevorstehenden Kommunalwahlen

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Zum Wahltag gemäß § 1 Satz 2 des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 9. April 1923 (Gesetzsamml. S. 83) wird der 4. Mai 1924 bestimmt.

Artikel 2

§ 1

Auf Städte und Landgemeinden, deren Gemeindevertretungen nach dem 1. Januar 1923 neu gewählt sind, finden die Vorschriften nach § 1 Satz 1 des Gesetzes vom 9. April 1923 (Gesetzsamml. S. 83) in der Fassung des Aenderungsgesetzes vom 30. Oktober 1923 (Gesetzsamml. S. 487) keine Anwendung. Die Wahlzeit dieser Gemeindevertretungen endigt vier Jahre nach der letzten Neuwahl.

§ 2

Auf die im § 1 genannten Gemeinden findet § 9 des Gesetzes vom 9. April 1923 mit der Maßgabe Anwendung, daß die Wahlzeit der jetzigen Amtsinhaber mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes endigt, und daß die Neuwahlen bis zum 1. Juli 1924 stattzufinden haben.

§ 3

Auf die in § 1 genannten Gemeinden findet § 12 des Gesetzes vom 9. April 1923 keine Anwendung.

Artikel 3

§ 1

§ 2 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes v. 9. 4. 1923 erhält folgende Fassung:

Voraussetzung der Wahlberechtigung ist die Eintragung in die Bürgerliste (§ 3 Abs. 2) oder der Besitz eines Wahlscheins (§ 3 Abs. 3); für die Voraussetzungen der Wählbarkeit ist der Wahltag maßgebend.

§ 2

§ 3 des Gesetzes vom 9. April 1923 erhält folgende Fassung:

1. Zur Ausübung der Wahlberechtigung ist die Eintragung in die rechtsgültig festgestellte Bürgerliste oder die Erteilung eines Wahlscheins erforderlich.

2. In die Bürgerliste ist einzutragen, wer am Wahltage gemäß § 2 wahlberechtigt ist. Die Bürgerliste ist spätestens fünf Wochen vor dem Wahltage zwei Wochen lang öffentlich auszulegen. Der Gemeindevorstand gibt Ort und Zeit öffentlich bekannt und weist auf die Einspruchsfrist hin. Einsprüche sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei dem Gemeindevorstand anzubringen; erachtet er einen Einspruch nicht für begründet, so hat er ihn unverzüglich spätestens innerhalb einer Woche nach Ablauf der Auslegungsfrist der Beschlußbehörde vorzulegen, welche darüber binnen zwei Wochen endgültig beschließt. Hierauf wird die Bürgerliste geschlossen.

3. Einen Wahlschein erhalten auf Antrag:

1. die in § 2 Abs. 6 genannten Personen;
2. Wahlberechtigte, die nicht in die Bürgerliste eingetragen sind, wenn ihrem Einspruch erst nach Schluß der Bürgerliste stattgegeben ist;
3. Wahlberechtigte, die wegen Ruhens der Wahlberechtigung (§ 2 Abs. 3) oder wegen Behinderung in der Ausübung (§ 2 Abs. 4) in die Bürgerliste nicht eingetragen oder gestrichen waren, wenn der Grund hierfür nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist.

4. Für die Rechtsgültigkeit der Stimmabgabe ist allein die Eintragung in die Bürgerliste oder der Besitz eines Wahlscheins maßgebend.

§ 3

An Stelle des § 6 Abs. 1 des Gesetzes vom 9. April 1923 tritt folgende Vorschrift als § 5a:

1. Das Wahlergebnis ist von dem Gemeindevorstand festzustellen und öffentlich bekanntzumachen.

2. Die nach § 4 zu verteilenden Sitze sind auf die Wahlvorschläge nach der Reihenfolge der Höchstzahlen zu verteilen, die sich durch Vollrechnung, Halbteilung, Drittelung, Viertelung usw. der auf die Wahlvorschläge entfallenden Stimmenzahlen ergeben. Ueber die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das Los.

Artikel 4

Auf Neuwahlen von Vertretungskörperschaften, die in Städten, Landgemeinden, Landbürgermeistereien, Aemtern und Kirchspielslandgemeinden im Einzelfalle vor dem Inkrafttreten der neuen Städte- und Landgemeindeordnung stattfinden, finden die Vorschriften der §§ 1 Satz 3, 2 bis 10, 14 des Gesetzes vom 9. April 1923 Anwendung.

Artikel 5

Wählbar zu unbesoldeten Magistratsmitgliedern (Beigeordneten), unbesoldeten Gemeinde- (Kirchspiels-, Dorf- und Bauerschafts-) vorstehern sowie unbesoldeten Schöffen sind die zur Gemeindevertretung nach § 2 des Gesetzes vom 9. April 1923 wählbaren Personen.

Artikel 6

Auf die Gemeinde Helgoland finden die Vorschriften dieses Gesetzes sowie des Gesetzes vom 9. April 1923 keine Anwendung. Der Zeitpunkt der Neuwahl der Gemeindevertretung in Helgoland wird durch die neue Landgemeindeordnung bestimmt.

Artikel 7

Der Minister des Innern erläßt die Bestimmungen zur Ausführung dieses Gesetzes.

Artikel 8

Der Minister des Innern wird ermächtigt, das Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 9. April 1923 in der durch die bisher ergangenen Aenderungsgesetze gegebenen Fassung in der Gesetzsammlung neu bekanntzugeben.

Artikel 9

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Nothilfe für Erwerbslose!

Das deutsche Volk, die werktätige Bevölkerung hungert

Wir glauben Euch nicht!
Wir vertrauen nur uns!
Alles, was wir gelitten haben,
Lehrte uns,
Daß niemand uns hilft!

Tausende unserer Arbeitsbrüder und -schwestern sind nicht mehr in der Lage, sich zu ernähren. Von zund 12 000 hallischen Erwerbslosen erhalten noch keine 5000 die kärgliche Erwerbslosenunterstützung. Da die Unterstützung nur auf kurze Dauer von 26 Wochen gezahlt wird, ergibt es sich nun, daß die unhaltende Wirtschaftskrise täglich hunderte ausgesteuert werden und damit nach 26wöchiger Erwerbslosigkeit mit ihren Familien dem Hungertod entgegengehen.

Hallische Arbeiter, Angestellte, Beamte und Gewerbetreibende, die Ihr heute noch Lohn und Brot habt, helft uns, die Not lindern.

Rettet die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse!
Rettet manche Mutter und Kinder vor dem Hungerwahnsinn!
Rettet manchen Ernährer seiner Familie vor dem Gefängnis!
Der Kampf gegen Hunger und Not ist Menschenpflicht!

Dieser Pflichten gegenüber den Volksgenossen ist sich der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftskartell) bewußt. Das Kartell ruft deshalb alle Einwohner der Stadt Halle auf, zur „Nothilfe für Erwerbslose" beizusteuern. Geld- und Lebensmittelspenden werden herzlich gern im Empfang genommen. Sammelstelle für Lebensmittel und Gelder befindet sich in Halle,

Dryanderstraße 10, Erdgeschoß, Zimmer 1, 2 und 3.

Im übrigen können Geldspenden auf das Girokonto Heinz Flücht Nr. 410 bei der Sparkasse des Saalkreises eingezahlt werden. Wer schnell hilft, hilft doppelt.

Ortsausschuß Halle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftskartell).

J. A.: Heinz Flücht, Halle, Dryanderstraße 10.

Ein neues Stickstoffverfahren. Der Professor Lamb von der Chemischen Fakultät der Harvard-Universität in Cambridge (Massachusetts) gibt bekannt, daß er ein neues Verfahren zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft gefunden habe. Es werde dadurch möglich sein, in vorteilhafterer Weise als bisher künstliche Dünger sowie Explosivstoffe herzustellen. Er behauptet, daß sein Verfahren 14 Prozent Ammoniak ergebe, während bei dem Haberschen Ammoniakstickstoffverfahren nur 8 Prozent Ammoniak gewonnen werden.

Zoologischer Garten
Dauerkarten
gültig vom Tage der Ausstellung bis 31. März 1925 sind im Bureau des Zoologischen Gartens erhältlich
Billiger als vor dem Kriege
Regelmäßige Konzerte ohne Nachzahlung **Kinderfeste**
Im Winter: **Große Gesellschaftskonzerte** und **Vier Unterhaltungsabende**
Tierbestand wird bedeutend vermehrt.

Turnerbund Zeitz
Sonntag, den 9. März, im „Preußischen Hof".
Bühnen-Schauturnen

T.B.Z.
wozu wir alle Freunde der Turnsache herzlichst einladen. Da die Plätze ausgelost werden, bitten wir die Besucher, eine halbe Stunde vor Anfang zu erscheinen. Kinder haben auch in Begleitung der Eltern keinen Zutritt. **Eintritt 50 Pf.** Mitglieder zahlen 30 Pf., müssen aber ihre Karten bis 6 Uhr an der Kasse abgeholt haben. Arbeitslose Mitglieder haben freien Eintritt
Anfang 7 Uhr Saalöffnung 6 Uhr
— Rauchen unbedingt verboten —
196 **Der Turnrat**

Hausfrauen!
kauft nur bei unseren Inserenten!

DAS WORT

kämpft für eine neue Kultur und nimmt von diesem Willensstandpunkt aus zu den wichtigsten Problemen von Gesellschaft, Geistesleben, Kultur, Wirtschaft, Politik unerschrocken Stellung

DAS WORT erscheint wöchentlich dreimal und kostet dem „Klassenkampf"-Leser für den Monat nur 1 Mk. Gebt die Bestellung sofort auf, macht einen Versuch!

Achtung! — Neu aufgenommen!
Rieten-Stiefel
Alleinverk. f. Halle u. Umg.
Der Rieten-Stiefel ist der bestbewährte **Schul-Stiefel** aus nur gutem Material und in ausgeredtes Fußform hergestellt. Lederer der Sohle durch **Patentnieten** in ganz **erhöhtem Maße verlängert.**
Vorrätig in prima Rindbox
27—30 31—35 36—39
8.20 10.90 13.90
Versand auswärts Nachnahme
Schuhhaus Roland,
Steinweg 19
724

Pelze
Warum können wir so billig sein? Weil wir in eigener Werkstatt alles selbst herstellen! Dadurch schalten wir den Zwischenhandel aus 1719
Skunks, Siete, am Dyollum 22.- 65.-
Seal el. Biberette 31.-
Alaska, Zobel, S.-Kreuzfuchs 25.-
Beachten Sie bitte die Preise in unserem Fenster
Magazin zum Pfau
Kleinschmieden, Ecke Gr. Steinstraße, am Markt

Händler und Wiederverkäufer!
Ia. prima weiße Haushaltseife
per Kilo 0,75 Mk.
geben ab 726
H. Obalsky & Co.
Seifen en gros — Gr. Steinstr. 59

August Kälz
Naturheilkundiger u. Homöopath
723 **Große Gosenstraße 20**
Sprechstunden: vorm. 8—10, nachm. 3—6

Familien-Nachrichten

Plötzlich und unerwartet verschied Montag, 3. März, nachm. 5 Uhr, meine herzensgute Frau, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin

Marie Taube geb. Klemm

im 47. Lebensjahre

Ammendorf, 5. März
Richard-Lösche-Straße 12

Um stille Teilnahme bitten im Namen aller Hinterbliebenen
W. Taube, Fleischermeister
W. Schütze u. Frau Hertha geb. Taube

Die Trauerfeier findet Freitag, den 7. März, nachmittags 2½ Uhr, in der kleinen Kapelle d. Gertraudenfriedhofes zu Halle statt. Freundlich zugedachte Kranzspenden bitte bis Freitag, vorm. 10 Uhr, im Trauerhause abzugeben. 722

K.P.D.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Verkehrsfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Arbeitssekretär: Genosse Bezirksleitung. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen:

Ortsverein Halle

HBBM. Freitag 7. März, abends 7 Uhr, im Vereinszimmer: **Wichtige Sitzung.**
Diskrit 7. Freitag, 7. März, abends ½8 Uhr, in der „Terrasse": **Distriktsversammlung.** Alle damaligen Funktionäre haben ihre Mitglieder einzuladen.
Diskrit 7a. Donnerstag, 6. März, abends 7½ Uhr, im „Südpol": **Distriktsversammlung.** Funktionäre um 7 Uhr.
Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle. Donnerstag, abend ½8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Vorstandssitzung.** Freitag, abends ½8 Uhr, im „Volkspark": **Oeffentliche Jugendversammlung.** Sonntag: **Nachmittagswanderung.** Treffpunkt ½2 Uhr am Hallmarkt; abends 8 Uhr im „Volkspark" (Kartellsimmer): **Eltern- und Kulturabend.**
Bölberg-Wörmlitz. Freitag, 7. März, abends 8 Uhr, bei Rauschenbach: **Mitgliederversammlung.** Referent: Genosse Richter.

Halle-Saalkreis

Seeben. Donnerstag, 6. März, abends 8 Uhr, bei Glaser: **Mitgliederversammlung.**
Zennewitz. Donnerstag, 6. März, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**
Bennstedt. Freitag, 7. März, abends 6 Uhr: **Mitgliederversammlung.**
Bennstedt. Freitag, 7. März, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Landtagsabgeordneter Otto Kilian.
Lettin. Donnerstag, 6. März, abends 7½ Uhr, bei Kamp: **Mitgliederversammlung.**
Teicha. Freitag, 7. März, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**
Bülzdorf-Reideburg. Donnerstag, 6. März, abends 8 Uhr, im „Gasthof zur Linde": **Mitgliederversammlung.**

Mansfelder Seekreis

Eisleben. Freitag, 7. März, 7½ Uhr: **Oeffentliche Versammlung im „Volkshaus".**
Teutschental. Sonnabend, 8. März, abends 8 Uhr, im Restaurant „Wurdenhof": **Mitgliederversammlung.**

Mansfelder Gebirgskreis

Hettstedt. Donnerstag, 6. März, abends 8 Uhr, im „Friedrich-Wilhelm-Bad": **Mitgliederversammlung;** abends 9 Uhr, beim Genossen Benling: **Sitzung der Kreisleitung und Ortsgruppenvorsitzenden.**
Hettstedt. Sonnabend, 8. März, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Lokal wird noch bekanntgegeben.
Freyburg. Sonnabend, 8. März, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.**

Kreis Merseburg

Mücheln. Donnerstag, 6. März, abends ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Gehlitz: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Wittenberg

Elsterwerda. Donnerstag, 6. März, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Bitterfeld

Zörbig. Freitag, 7. März, 8 Uhr, im „Schloßgarten": **Oeffentliche Versammlung.**

Bekanntmachung

Vergebung der Erd- und Maurer-, Tischler- und Glaserarbeiten für die **Wohnungsbauten** an der **Artillerie-, Weiße- und Roßbachstraße** am **12. März 1924, vorm. 10 Uhr** im städtischen Hochbauamt, Rathausstraße 6, Zimmer 103. Verdingungsunterlagen ebenda Zimmer 125 zwischen 9 u. 12 Uhr vorm. für 1 Goldmark das Stück 729
Halle, den 3. März 1924 **Städtisches Hochbauamt**

Geschäftseröffnung
Mit heutigem Tage eröffne in meinem Grundstück, **Schützenstraße 3,** einen
Verkauf von frischen und geräucherten Wurstwaren, Speck, Schinken, Schinkenspeck, Fette, Talg, Salzknochen usw.
zum Tagespreis 197
Für aufmerksamste und reellste Bedienung verbürgt sich
Hochachtungsvoll
Conrad Wiehr, Weißenfels, Schützenstr. 3

Ansichtskarten empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Stadt-Theater
Donnerstag 7½ Uhr
„Marquis v. Keith"
721 Freitag:
„Die Wildente".

Weißenfels
Billig 142
Schuhbesohlen
Damensohlen m. Abs von 2,50 M. an
Herrensohlen m. Abs von 4,00 M. an
Wilh. Wunderlich
Nikolaistraße 31

Klein-Kunst-Bühne. 144
Neues Schützenhaus Merseburg.
Jeden Abend 8 Uhr
Kabarett
unter Mitwirkung
d. Jazzband-Kapelle
Eintr. Wochent. 50 Pf. Sonntags 1 Mk.

Stets u. transport. Kachel-
Oefen
Patentgrauen
Wa.-schlesser
Hausbacköfen
Sparkocher
Gasherde
Kochherde
Christian Glaser, Halle,
Gr. Klausstr. 24,
Fernsprecher 6138.
Reinigen u. Reparieren aller Oefen
Blech-Schmiede

195 Morgen,
Donnerstag:
Frische Wurst
Adolf Schumann,
Zeitz,
Kramerstraße 12

Schulbücher
empfiehlt die **Volksbuchhandlungen**

Zeitungsausträger
gesucht: für **Taucha** bei Weißenfels, zu melden bei **Fritz Spahn;** für **Haida bei Elsterwerda,** zu melden bei **H. Golze.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240305-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 5. März 1924.

Die neuen Eisenbahnfahrpreise

Eine unerhörte Belastung der unteren Klassen

Seit dem 1. März sind die Eisenbahnfahrpreise der beiden unteren Wagenklassen erhöht worden, während der Fahrpreis für die zweite Klasse unverändert bleibt und der für die erste Klasse sogar herabgesetzt wird. Der psychologische Augenblick für eine solche unerhörte Maßnahme ist in diesem Augenblick recht schlecht gewählt; denn es muß tatsächlich in den Augen der Bevölkerung als Aufreizung gelten, wenn eine neue Belastung der wirtschaftlich Schwächeren zugunsten leistungsfähigerer Kreise oder ausländischer Schieber eintritt, die unsere Bahnen benutzen. Man will also unter allen Umständen einen Wiederaufbau der bankrotten Wirtschaft auf Kosten der wirtschaftlich Schwachen zur Durchführung bringen. Der Siedlungs- und Arbeiterverkehr soll, sowie der Sonntagsausflugs- und Ferienreiseverkehr eine Erleichterung erfahren. Diese Maßnahme soll ja wohl dazu dienen, um ein versöhnendes Argument gegen die Empörung zu haben.

Nachstehend geben wir einen Ueberblick über die Vorkriegs-, die Februar- und die neuen März-Fahrpreise. Es betrug der

Fahrpreis für 1 Kilometer:

	Vorkriegszeit	Februartarif	Märztarif	Neuer Tarif gegen Februar	Neuer Tarif gegen Vorkriegszeit (Prozent)
I. Klasse	7 Pf.	13,2 Pf.	9,6 Pf.	— 27	+ 37
II. „	4,5 „	6,6 „	6,6 „	—	+ 47
III. „	3 „	3,3 „	4,5 „	+ 36	+ 50
IV. „	2 „	2,2 „	3 „	+ 36	+ 50

Die Vergleichung der Februar- und Märzpreise mit den Vorkriegspreisen geben indes kein ganz genaues Bild, da zu den Vorkriegspreisen noch die Fahrkartensteuer hinzukam, die in den jetzigen Preisen bereits enthalten ist. Diese Steuer bewegte sich je nach dem Preis der Fahrkarte zwischen 0,20 Mark und 8 Mark in der ersten, 0,10 Mark bis 4 Mark in der zweiten und 0,05 Mark bis 2 Mark in der dritten Klasse... Die vierte Klasse war steuerfrei. Die Verschiebung der Preise zu Lasten der unteren Klassen verstärkt sich also noch etwas. Ein Vergleich zwischen der Vorkriegs-Monatskarte und der jetzigen ist sehr schwierig, weil die Berechnungsart sich geändert hat. Während früher die Monatskarte nach dem Preise für 16 bis 17 einfache Fahrten berechnet wurde, werden gegenwärtig 25 Einzelfahrten in Ansatz gebracht. Diese Vergleichsunmöglichkeit gilt auch für die Wochenkarten, da es vor dem Kriege nur sogenannte Arbeiterwochenkarten gab, die zu täglich einmaliger Hin- und Rückfahrt berechtigten, während die jetzigen Wochenkarten beliebige Fahrten zulassen. Sie werden zum vierten Teil des Preises der Monatskarte berechnet.

Proletarische Hausfrauen und Arbeiterinnen von Halle!

Am Freitagabend, ½8 Uhr findet im „Volkspark" eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der eine Vertreterin des Reichsfrauensekretariats der KPD. zu Berlin über die Bedeutung des internationalen Frauentages referieren wird.

Proletarische Frauen! Erscheint in Massen zu dieser Versammlung, damit sie eine wuchtige Kundgebung wird und die gegenwärtigen Machthaber erkennen, daß auch die proletarischen Frauen ein Interesse daran haben, zu erfahren, wie die Kommunistische Partei nach Aufhebung des Verbotes erneut und gestärkt den Kampf aufnimmt.

An diesem Tage gilt es zu demonstrieren
für umfassenden Mutter- und Säuglingsschutz,
für gleiche Leistungen gleichen Lohn,
gegen den Lohnabbau und die Zwangsarbeit der Erwerbslosen,
gegen das Wohnungselend,
für Aufrechterhaltung des Achtstundentages!

Proletarische Frauen! Heraus zu dieser Kundgebung zur internationalen Frauenwoche.

Herstellung von Panzerlokomotiven in der Eisenbahn-Hauptwerkstätte

Während überall ohne Rücksicht auf die soziale Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten abgebaut wird, um „aufzubauen" und die Finanzen des Reiches zu „sanieren", arbeitet man in der Hauptwerkstätte des Eisenbahndirektionsbezirks Halle mit Hochdruck an der Herstellung von Mordwerkzeugen. Diese Tatsache läßt befürchten, daß die Reaktion mit allen Mitteln zu neuen Kämpfen rüstet, um die abgebauten hungrigen Proletarier, unter denen sich heute auch sehr viele Angestellte und Beamte befinden, im Schach zu halten. Wir wissen aus den Kämpfen von 1920, wozu derartige Mordwerkzeuge gebraucht werden. Und weil in erster Linie doch die Arbeiter, Angestellten und Beamten die bankrotten Staatsfinanzen wieder „sanieren" müssen, hat die Arbeiterschaft wohl auch das größte Interesse daran, zu erfahren, auf wessen Kosten und zu welchem Zweck hier in der Eisenbahnhauptwerkstätte Panzerlokomotiven hergestellt bzw. repariert werden. Wie uns von Arbeitern der Eisenbahnhauptwerkstätte mitgeteilt wird, war bisher nicht einmal die Betriebsvertretung in der Lage, der Belegschaft glaubhafte Angaben darüber zu machen. Die Belegschaft ist, trotzdem sie in den letzten Monaten öfter gefragt worden ist, so daß sich heute fast nur noch „zuverlässige" Elemente dort befinden, äußerst erregt. Sie verlangt Aufklärung über die Dinge, die dort vor sich gehen; denn sie kann es nicht begreifen, daß auf der einen Seite Arbeiter und Beamte auf die Straße geworfen werden, während auf der anderen Seite Ueberstunden über Ueberstunden gemacht werden, um Mordwerkzeuge herzustellen. Der Betrieb ist heute sozusagen schon kommunistenrein, und alle Arbeiter, die sich nicht vor den aufsichtsführenden Personen kuschen und sich die Beleidigungen, wie „faule Schweine", gefallen lassen, werden ohne viel Federlesens an die Luft befördert. Diejenigen jedoch, die der Stahlhelmorganisation angehören, brauchen keine Angst zu haben, daß sie beim Direktor angeschwärzt oder sogar entlassen werden. Denn dafür sorgen schon die Abteilungsleiter, die Vorsteher, die Ingenieure oder die Meister.

Beamte und Arbeiter des EAWM.! Ihr seht täglich, für welche Interessen man Euch wieder mißbrauchen will. Raft Euch wieder auf, schließt Euch zusammen und kämpft mit den übrigen Arbeitern für ein menschenwürdiges Dasein. Verlangt von Euren Vertretungen und Arbeiterorganisationen, daß sie sich gegen diese menschenunwürdigen Zustände kümmern. Laßt nicht zu, daß man Euch wieder zu einem willenlosen Ausbeutungsobjekt macht.

Oeffentliche Bauarbeiter-Versammlung

Dieser Tage fand im „Volkspark" eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt, die vom Industriegruppenrat für das gesamte Baugewerbe einberufen war und sich mit der „Pflichtarbeit und dem Wohnungsbau" beschäftigte. Nach einem Referat des Kollegen Förster und nach ausführlicher Debatte wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die von dem gebildeten Gruppenrat der vereinigten Organisationen des Baugewerbes von Halle einberufene öffentliche Bauarbeiterversammlung am 25. Februar im „Volkspark" nimmt Stellung zur Pflichtarbeit und beschließt:

Die Aenderung der „Erwerbslosenversicherung" ist nicht im Sinne der gestellten Forderungen der deutschen Arbeiterklasse geschehen. Unte keinen Umständen kann sich die deutsche Arbeiter im Interesse des Kapitals geschaffenen Lösung al Arbeiterklasse ist sich bewußt, daß eine Lösung im Proletariats nur möglich ist, wenn durch eigene Kra gesucht und gefunden wird. Die notwendige Bedin geschlossene Kampfaufnahme und Führung ist, daß schaft, auch die Bauarbeiter, sich auf dem Boden des K sammeln und mit der reformistischen Politik brech gebene Grundlage hierfür ist das Aktionsprogramm, marer Konferenz" der Arbeiterschaft gegeben hat. Arbeiterschaft gewerkschaftlich auf einer Plattform Notwendigkeit des Kampfes erkannt, und den Abwehr nen, wird sich auch der organisatorische Zusammen einzig möglichen Grundlage, dem Industrieverband, ohne Sch rigkeiten vollziehen können und volles Verständnis bei der samtarbeiterschaft finden. Darum muß jetzt damit begonnen den, die Grundlagen für eine revolutionäre Gewerkschaftsp zu schaffen und die Thesen der Weimarer Konferenz über die fung von Industriegruppenräten auch für das gesamte Baug in die Praxis umzusetzen.

Jugendliche Arbeiter und jugendliche Arbeiterinnen, her

Nach dreimonatiger Illegalität ruft Euch die Kommuni Jugend zu einer

öffentlichen Jugendversammlu

am Freitag, den 7. März, abends ½8 Uhr, nach dem Volksp

Ein Jugendgenosse wird sprechen über:

Die Aufgaben des Jungproletariats im Ka gegen wirtschaftliche und politische Unterdrück

Erscheint in Massen! Erscheint in Me

Kommunistische Jugend. Ortsgruppe H

Die amtliche Wucherbekämpfung. Von den bei der Wucherstelle des Polizeipräsidiums in den Monaten Januar und Februar bearbeiteten Anzeigen wegen Preistreiberei, unerlaubten Großhandels, Zurückhaltung von Waren usw. sind 67 der Staatsanwaltschaft und 41 dem Marktgericht, zusammen 108 zur Strafverfolgung abgegeben worden. Wegen Vergehens gegen die Preisschilderverordnung mußte gegen acht Geschäftsinhaber vorgegangen werden. In 17 Fällen wurden verschiedene Waren beschlagnahmt und bis zur gerichtlichen Entscheidung sichergestellt, darunter 1224 Stück Eier, 547 Stück Butter, Quark sowie ein größerer Posten Schokolade, Fleischkonserven, Rohkaffee, Corned beef usw., ferner Zigarren und Zigaretten.

* **Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung.** Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 29. Februar 1924 ist die Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung mit Wirkung vom 3. März 1924 auf 2400 Goldmark jährlich festgesetzt worden. Die Meldefrist für die Neuversicherten erstreckt sich bis zum 15. März 1924. Durch die gleiche Verordnung ist die Höchsteinkommensgrenze für den Beitritt zur freiwilligen Krankenversicherung auf 1800 Goldmark heraufgesetzt worden.

* **Neue Tiere im Zoo!** In den Tierhandel ist in den letzten Monaten neues Leben gekommen. Es gibt wieder allerhand Tiere zu kaufen, die seit 1914 kaum mehr zu haben waren. So werden in allernächster Zeit Transporte mit verschiedensten Arten eintreffen. Als erstes sind Affen angekommen, sie eröffnen würdig den Reigen, sie sind ja auch die Lieblinge der Kinder. Mandrille und Sphinx-Paviane sind zusammen in einem Käfige untergebracht worden. Alles Jungtiere, die besonders lustig und fidel sind. Sobald die Witterung besser wird, werden folgende Tiere noch erwartet: Leoparden, Löwen, Tiger, Eisbäre, Seelöwen, große Affen, Strauße, Antilopen und viele kleinere Tierarten. Die Dauerkarten für das laufende Jahr werden von jetzt an im Bureau des Zoo ausgegeben. Jeden Sonntag ist wieder Konzert.

* **Eine öffentliche Elternversammlung** findet am Sonnabend, dem 8. März, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" statt, in der der Lehrer Lange aus Berlin über „Die wirtschaftliche Not und unsere Kinder" spricht. Für alle Arbeiteltern ist es Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Auch die Lehrerschaft ist zu einer Aussprache eingeladen.

* **Achtung, Erwerbslose!** Die für Donnerstag, den 6. Februar, angekündigte Erwerbslosenversammlung im „Volkspark" muß Umstände halber verschoben werden.

* **Kulturkartell-Sitzung.** Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr, in Lüderitz Berg. Alle Genossen müssen erscheinen.

* **Die Gemeinschaft proletarischer Freidenker** ersucht uns, mitzuteilen, daß am Sonnabend, dem 8. März, abends 7½ Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt, eine Mitgliederversammlung stattfindet. Diese Versammlung beschäftigt sich mit dem Anschluß an den Fernunterricht der Freidenkerschule Berlin. Weiter soll die „Gemeinschaftskunde" durchgearbeitet werden. Fragebogen nebst Schlüssel werden ebenfalls besprochen. Es wäre erwünscht, wenn andere Organisationen, die sich auf dem Gebiet geistiger und wirtschaftlicher Kultur betätigen, an diesem Unterricht mit teilnehmen würden. Mitglieder des Bauvereins, Mieterverbandes, Abstinentenbundes, Esperantisten, Naturfreunde usw. sind willkommen.

* **Ausgesetztes Kind.** Am 26. Februar ist in einem Personenzug aus Magdeburg auf dem Bahnhof Leipzig ein kleines Mädchen hilflos aufgefunden worden, das wahrscheinlich von der Mutter ausgesetzt ist. Es ist etwa ein Jahr alt, schlecht genährt, blond, hat dunkle Augen, war mit blaugeblümtem Dirndellekid und weißer gestrickter Mütze bekleidet und in eine graue Decke eingehüllt. Wer Angaben über die Mutter oder Herkunft des Kindes machen kann, wolle dies der Kriminalpolizei Halle, Zimmer 117, mitteilen.

Theater und Konzerte

Stadttheater Halle

Der Troubadour von Verdi

Und wieder eine Neueinstudierung und ein Erfolg. Diesmal war es „Der Troubadour" von S. Cammarano, Musik von Guiseppe Verdi, der dem Stadttheater ein volles Haus und reichen Beifall einbrachte. — Der Text dieser Oper, einem spanischen Drama entlehnt, ist von Cammarano zu einem unmöglichen Drama umgearbeitet worden. Unmöglicher Aufbau und lächerlicher Mangel an Logik gestalten dieses „Gräuelmärchen", bis auf die allzu gesucht erscheinenden Bühneneffekte, zu einem inhaltlich vollkommen weitlosen Geschehnis. Verdi allein, der sich mit dieser Vertonung einen Namen in der Musikwelt schuf, ist es zu danken, daß diese Stöpfung in das Repertoire sämtlicher Bühnen Aufnahme fand. — Zweieinsohne liegt der musikalische Schwerpunkt im 2. Akt in der Szene zwischen Azucena (Sentlette Rohner) und Manrico (Fr. Müller-Raven). Beide verstanden es, aus dieser Szene musikalisch und schauspielerisch herauszuholen, was nur irgendmöglich war. Motivisisch besitzt Verdi, wie die meisten Komponisten Italiens (es sei hier an Puccini Rossini erinnert) einen ausgezeichneten melodischen Fluß und sein differenzierte Dynamik, die gepaart mit klarem und eindringlichen Rhythmus einschmeichelnd im Gedächtnis der Zuhörer halten bleiben. Mag auch die Sprache dieser italienischen Meister zum Teil für das Naturell des Nordländers zu sülsüß sein, so bleibt doch die glänzende und prachtvolle Fülle ihrer melodischen und melodiösen Linie eine hervorleuchtende Eigenart. Diese Eigenart zeigt sich im Troubadour" am deutlichsten im 1. Bilde des 4. Akts, als Leonore (Liane Martini) vor dem Kerker Manricos erscheint. — Die Aufführung stand unter einem günstigen Stern. Die Leonore, die von Frl. Martini als Gast vom Stadttheater Leipzig dargestellt wurde, war in jeder Beziehung einwandfrei. Ihr Sopran verfügte über weichen Glanz und gute Modulationsfähigkeit. Carsten Derner in der Rolle des Grafen Luna verfügte über musikalische Sicherheit und prägnante Aussprache. Auch schauspielerisch war er seiner Rolle gewachsen und gab in scharf und feistig umrissenen Zügen das Bild des Grafen Luna, des eingefleischten Aristokraten, der fremd und feindlich der großen Masse gegenübersteht.

[illegible] Das Theater unter der Leitung des Kapellmeisters Braun und die Szenerie, die farbiam und im Farben sein abgestimmt zusammengestellt war, verhalfen der Aufführung zu einem vollen Erfolge. H. L.

Volksbühne. Einlösung der 7. Beitragsmarken: Für die erste Reihe werden als 7. Wert „Die Meistersinger" von Richard Wagner gegeben. Einlösungstage für G. u. und N 26. Februar bis 8. März, für J. K. L und M 26. Februar bis 15. März. Die Mitglieder der Theatergemeinde N werden gebeten, bis spätestens 8. März ihre Wünsche betreffend Spieltag in der Geschäftsstelle zu äußern. Spieltage: G: 15. März; H: 19. März; J: 26. März; K: 2. April; L: 9. April; M: 16. April. Für die zweite Reihe wird als 7. Wert „Marquis von Keith" von Wedekind gegeben. Einlösungstage für N: 26. bis 29. Februar; für B. C. F: 26. Februar bis 5. März; für D, E: 26. Februar bis 8. März. Die Mitglieder der Theatergemeinde B werden gebeten, bis spätestens 5. März ihre Wünsche betreffend Spieltag in der Geschäftsstelle zu äußern. Spieltage: B: 6. März; D: 10. März; E: 13. März; D: 17. März; C: 20. März.

Aus dem Gerichtssaal

Die Justiz ist ein Mittel der herrschenden Klasse. Sie soll gewisse Widersprüche, die infolge der Anarchie und der Korruption in der kapitalistischen Gesellschaft entstehen, überbrücken. Daß dies aber so nicht möglich ist, zeigen die überfüllten Gefängnisse und Zuchthäuser — und es wird so lange unmöglich sein, wie die kapitalistische Gesellschaft existiert, denn diese Widersprüche verschwinden erst mit der Beseitigung dieser Gesellschaft, weil sie eine Erscheinung derselben sind. Ebenso wie die vielen Proletarierkrankheiten eine Folge des Elends, der Arbeitslosigkeit sind, ebenso sind die Handlungen der Notleidenden, die man „Verbrechen" nennt, eine Folge davon. Und diese „Verbrechen" werden nicht durch Besserungs- und Erziehungsanstalten, Gefängnisse, Zuchthäuser usw. aus der Welt geschafft, vielmehr wird das Gegenteil erreicht. Den „Verbrechern" ist es unmöglich, sich „ehrlich" durchzuschlagen. Sie geraten immer tiefer und tiefer ins Elend und werden durch die Verzweiflung immer wieder zu neuen „Verbrechen" gezwungen.

Strafkammer Halle

Gegen die Arbeiter K., H., B. und M. aus Möckerling, war Anklage wegen schweren Diebstahls in verschiedenen Fällen erhoben worden. M. und B. saßen seit Juli 1923 in Untersuchungshaft, weil sie nicht geständig waren. Beide sind verheiratet und Väter von [illegible] 20 Diebstähle zur Last [illegible] dem [illegible] Doch [illegible] Einbre[illegible] stähle [illegible] Frage — nach [illegible] geklagten K. gegen M., bekam [illegible] heraus und dadurch aufgeregt wurde, einen Tobsuchtsanfall. Vier Wachtmeister vermochten ihn kaum zu halten. Polizei und Arzt wurde vom Gericht angefordert. Als der Anfall vorbei war, trafen diese auch ein. (Schupo mit Karabiner!!) M. wurde während des Krieges verschüttet und lag deswegen über ein halbes Jahr im Lazarett. Seit dieser Zeit leidet er oft an solchen Anfällen. Außerdem hatte er kurz vor seiner Verhaftung eine schwere Operation durchgemacht. Nach längerer Unterbrechung wurde die Verhandlung fortgesetzt. Aber nichts Belastendes ergab sich mehr für die Angeklagten. Trotzdem verurteilte das Gericht, unter nur teilweiser Anrechnung der Untersuchungshaft, M. zu 1½ Jahr und B. zu 2 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der „bürgerlichen Ehrenrechte" auf 5 Jahre — während K. und H. mit einer Gefängnisstrafe von vier und fünf Monaten davonkamen. — Das Gericht begründete die Strafen damit, daß die Angeklagten nicht in Not gewesen wären und weil M. und B. nicht ein volles „Geständnis" abgelegt hätten.

*

Der Arbeiter Nagel aus Halle hatte sich wegen sieben Diebstählen, die er teilweise mit noch vier Angeklagten ausgeführt hatte, vor der Strafkammer zu verantworten. Er hatte schon ungefähr zwanzig Gefängnis- und Zuchthausstrafen hinter sich, davon die letzte Strafe vor sieben Jahren verbüßt. Solange er Arbeit hatte, blieb er „ehrlich". Im April 1923 wurde er wegen Arbeitsmangels wieder auf die Straße gesetzt. Die treibende Kraft war ein gewisser B., der aber nicht aufzufinden war. N. gab zu, alle sieben Diebstähle ausgeführt zu haben. Während der letzten sieben Jahre habe er sich nichts zuschulden kommen lassen, weil er immer Arbeit hatte. Erst durch die Arbeitslosigkeit sei er in bittere Not geraten und dadurch gezwungen, um nicht zu verhungern, die Diebstähle auszuführen. Hier war die Sache nun klar: N. hatte sieben Jahre lang ehrlich gearbeitet und war nicht mit dem Gesetz in Konflikt gekommen. Selbst nach bürgerlichen Begriffen war eine Besserung zu verzeichnen. Aber trotzdem (und das ist der Wahnwitz der bürgerlichen Rechtsprechung!) wurde er zu drei Jahren und drei Wochen Zuchthaus verurteilt. (Nun ist er ja gegen Arbeitslosigkeit gesichert!) Die Mitangeklagten wurden mit vier bis neun Monaten Gefängnis bestraft.

Schöffengericht Halle

Weil der Arbeiter R. aus Halle (seit längerer Zeit arbeitslos!) sich keine Feuerung kaufen konnte und deshalb mit seiner Frau aus der Heide eine alte Pappel holte, stand er in der Anklagebank. Seit langer Zeit arbeitslos, hatte er, um sich wieder mal eine warme Stube zu verschaffen, mit seiner Frau in der Heide Holz gesucht und dabei die alte Pappel gefunden. Die Eigentümerin war die Halle-Heitstedter-Eisenbahngesellschaft und diese erstattete Anzeige. Trotz dieser Lappalie verurteilte das Gericht die beiden Angeklagten zu je 15 Mk. Geldstrafe. Straflos hätten sie nicht ausgehen können, da bei Nagel „strafverschärfender Rückfall" vorläge. (Vor 22 Jahren einmal bestraft!!)

Saalkreis

Sennewitz. Die letzte Gemeindevertretersitzung am Donnerstag war von den Arbeitslosen sehr zahlreich besucht. Sie wollten einmal sehen, welche Stellung die einzelnen Vertreter bei ihren Anträgen einnehmen. Wer es nicht für notwendig hielt, sich mit der Not der Arbeitslosen zu beschäftigen, waren zwei Herren von der bürgerlichen Liste. Dem einen dieser Herren ist wahrscheinlich der Skatabend in Halle wichtiger, und der andere wußte bei der Abwesenheit des ersteren nicht wie er stimmen sollte. Jedenfalls hatte er die letzte Abreibung im Bürgerverein (weil er der Staffelung der Hundesteuer mit zugestimmt hatte) noch nicht vergessen. Da Herr Seifert (Vorsitzender des Bürgervereins) mit seiner Klage gegen die Gemeinde kostenpflichtig abgewiesen ist, wurde beschlossen, das Schuttlock am Sonntag, dem 2. März, zu verpachten. Sehr eingehend beschäftigten sich dann die Gemeindevertreter mit der Arbeitslosenfrage. Da die Schwierigkeiten über Einrichtung einer Küche am Orte zu groß sind, hatte die letzte Arbeitslosenversammlung von der Stellung eines entsprechenden Antrages an die Gemeinde Abstand genommen. Die Vertretung beschloß einstimmig: Jeder von der staatlichen Unterstützung ausgeschlossene Erwerbslose erhält bis auf weiteres aus Gemeindemitteln jede Woche eine Mark. Außerdem kommen je ein Zentner Schmalz und Reis zur Verteilung und für jeden Arbeitslosen und deren Familienangehörige ein Brot vom Allgemeinen Konsumverein Halle. Weiter soll jeder über ¾ Jahr Arbeitslose ein Paar Stiefelsohlen erhalten. Eine lebhafte Aussprache rief noch das Protestschreiben des Bürgervereins wegen der Staffelung der Hundesteuer hervor. Die Herren haben es fertig gebracht, bis zur Aenderung der Hundesteuer den kleinen Kindern der Erwerbslosen die von der Gemeinde bezahlte verbilligte Milch zu entziehen. Echt christlich. An der Hundesteuer wird nichts geändert, die Ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240305-19/fragment/page=0005

meinde bezahlt den vollen Milchpreis. Arbeiter von Sennewitz! Betrachtet die Arbeit der vor fünf Jahren gewählten Vertreter. Vielleicht werden auch in diesem Jahre die Bürgerlichen zur Wahl wieder Freibier geben, um Euch zu fangen. Wie sagte doch August Bebel: „Wählen Kälber wählen ihre Metzger selber."

A[illegible]endwehe. Sämtliche Kinder, die an der proj[illegible]weihe teilnehmen, finden sich am Sonntag, vorm[illegible] Restaurant „Zur Post" in Radewell ein. Dort sind[illegible] dem 9. März, die erste Moralunterrichtsstunde statt.

Aus der Provinz

Die Sperlinge im Leunawerk

Im Leunawerk soll es recht viel Sperlinge geben, deren Vernichtung jetzt mit allen Mitteln angestrebt wird, weil sie so viel Schaden anrichten. Kürzlich wäre eine Dame in der Neu-Rössener Kolonie beinahe beim Biden verunglückt; das Dampfabzugsrohr des Baderaumes war, wie sich herausstellte, verstopft gewesen. Die sofort herbeigeeilte „Verstopfungskommission" entdeckte ein Sperlingsnest im Abzugsrohr. Wie leicht konnte die Dame (die Gattin eines höheren Beamten?) in dem Dampf, der den Raum füllte, ersticken. Um künftig solche oder ähnliche Unglücksfälle zu verhindern, sollen auf allerdochstem Befehl sämtliche Sperlinge im Leunawerk gemordet werden. Der Betriebsrat soll zu diesem Zweck bereits mit Büchsflinten ausgerüstet worden sein.

Von diesem Sperlingsfeldzug hatte ein Schlosser K. L. im Bau 39 gehört, der flugs der Direktion folgendes Schreiben sandte:

Herrn Direktor Dr. Oster, Leunawerk.

Der Unterzeichnete hatte Gelegenheit zu hören, daß Sie, Herr Direktor, die Absicht haben, die Sperlinge in Neu-Rössen auszurotten. Da zu diesem Zweck ganz besonders praktische Erfahrungen nötig sind, so möchte ich Ihnen, verehrter Herr Doktor, gern meine persönlichen Erfahrungen offerieren. Könnte Ihnen mit einem sehr großen Fangnetz dienen sowie mit guten Ratschlägen zur Anfertigung von automatischen Massenfallen.

Mit vorzüglicher Hochachtung (Unterschrift)

Ob die Direktion diesen Fachmann zur Sperlingsvertilgung zuzieht, ist noch nicht bekanntgeworden. Fest steht, daß gegen Sperlinge und Kommunisten (man rechnet letztere auch zu den Sperlingen) jetzt im Leunawerk rücksichtslos vorgegangen wird. Wenn ein solcher Eifer zur Verhütung von Explosionsunglücken an den Tag gelegt würde, wäre das weit nützlicher. Man sieht aber, zu welchen Dingen man im Leunawerk Zeit und Geld hat.

Verlegung der Eisenbahndirektion Halle nach Leipzig?

Wie [illegible]mer in einer Versammlung der Volkspartei mitte[illegible]nt geworden, daß gegenwärtig die Gefahr groß s[illegible]direktion von Halle nach Leipzig zu verlieren. [illegible]en die Stadt Halle dadurch erleiden würde, dürfte [illegible]meint gut [illegible] machen sein; ganz Mitteldeutschland würde durch diese Verlegung aufs schwerste geschädigt.

Von anderer Seite ist bisher von einer solchen Absicht nichts bekannt geworden. Vor etwa Jahresfrist waren schon ähnliche Notizen aufgetaucht, die aber den Tatsachen nicht entsprachen.

Forderungen der Landkreise zur Verwaltungsreform

WTB. meldet: Der Verband der preußischen Landkreise nahm zur Verwaltungsreform in einer Reihe von Beschlüssen Stellung, worin er u. a. verlangt, daß die Verwaltung aller Staatsangelegenheiten unter bewußter Ablehr von jeglichem Ressortgeist bei den ordentlichen Verwaltungsbehörden zusammengefaßt und dadurch die entbehrlichen Sonderbehörden abgebaut werden sollen. Als ihren Kommissar soll die Staatsregierung in jeder Provinz den Oberpräsidenten ernennen, in geeigneten Fällen in Personalunion mit den Regierungspräsidenten. Fortzufallen habe das jetzige Oberpräsidium als Behörde und Instanz. Als staatliche und provinzielle Mittelinstanz seien die Regierungspräsidenten unentbehrlich, wobei die Bezirke der Regierungen, da wo die örtlichen Verhältnisse es zulassen, zu vergrößern seien. Bei der Teilung der Zuständigkeiten zwischen der Mittelinstanz und der Kreisinstanz sei der Grundsatz stärkster Dekonzentration, d. h. entschiedene Uebertragung der Aufgaben und der Arbeit höherer auf nachgeordnete Behörden zu beobachten. Zu diesem Zwecke seien die technischen staatlichen Dienststellen in der Kreisinstanz dem Landrat anzugliedern.

Schließlich stellt der Verband an den Staat die Forderung, die Selbstverwaltung wieder erstarken zu lassen und ihr durch Dezentralisation, d. h. durch Uebertragung geeigneter staatlicher Aufgaben echte Selbstverwaltungsaufgaben zuzuführen.

Merseburg-Querfurt

Mücheln. Parteiversammlung. Donnerstag, den 6. März, abends ½8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Gehüfte. Das Erscheinen aller Mitglieder, auch der „Klassenkampf"-Leser, ist Pflicht.

Wehlitz. Die Arbeiter-Wanderbühne Halle veranstaltet am Freitag im Gasthof Wehlitz einen großen Unterhaltungs- und Theaterabend. Das Programm ist ein sehr gutes. Auf die Veranstaltung wird besonders aufmerksam gemacht.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Die Gastwirte und die kommenden Wahlen. Unser Ort ist Industriestadt, demnach auch Arbeiterort. Verschiedene Kneipwirte wissen dies anscheinend nicht, sie wissen auch nicht mehr, daß sie Proletenkneipe sind, denn sonst würden sie nicht mit dem Stahlhelmabzeichen auf der Heldenbrust in den Mitgliederversammlungen des Gastwirtsvereins erscheinen. Seitdem die beiden Gastwirtsvereine verschmolzen sind, reizen unleidsame Zustände ein. Vor der Verschmelzung standen die freien Gastwirte auf seiten der Arbeiter. Heute sind Proletenkneipen in allen möglichen bürgerlichen Klimbim- und auch in Kriegervereinen als Mitglied. Nun fehlte nur noch eins, der Handwerkerblockkimmel. Aber auch dieser hat nun seinen Einzug gehalten. Außer einigen anders denkenden sind sämtliche Mitglieder des Gastwirtsvereins Mitglied der Krankenkasse des Handwerkerblocks. In jeder Mitgliederversammlung des Gastwirtsvereins wird eifrig Propaganda für den Handwerkerblock getrieben, sogar von Kneipern die politisch links standen. Bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen wollen die Gastwirte ihre Vertreter ins Stadtparlament schicken. Um dies zu erreichen, haben sie mit dem Handwerkerblock eine Liste aufgestellt. Zwei Wirte, welche die Interessen der Mitglieder des Gastwirtsvereins vertreten sollen, sind schon erkoren. Der eine Glückliche ist Hotelier! Ob der Mann weiß, wie es einem Proletenwirt zumute ist, wagen wir zu bezweifeln. Denn, wenn der Herr morgens die Augen aufschlägt, weiß er, daß er durch die Uebernachtung seinen Tagelohn verdient hat. Dieser Mann ist Vorsitzender des Gastwirtsvereins. Als solcher vertritt er schon jetzt die Interessen der Mitglieder auf seine Art dadurch, daß er seine Kolleegen wegen Ueberkneipen anzeigt. Auf Vorhalt führte der gute Mann an, daß er auf diese Weise die Interessen seiner Kollegen wahren wollte. Der zweite Kandidat, ein ehemaliger Cafetier, jetzt Mitinhaber eines Hutmodehauses, kümmert sich vielleicht am wenigsten um das Schicksal der Arbeiterwirte. So steht die kommende Vertretung der kleinen Gastwirte im Stadtparlament aus. Hoffentlich haben die Wirte noch soviel Moral im Leibe, daß sie dem Blockverein den Rücken kehren. Die Arbeiterschaft mag sich aber die Gastwirte ansehen, wo sie ihr Glas Bier trinkt.

Weißenfels. Aus der Partei. Freitag, den 7. März, abends 7½ Uhr, im „Volkshaus" Mitgliederversammlung. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.

Weißenfels. Internationaler Bund aller Kriegsopfer. Heute, Mittwoch, den 5. März, abends pünktlich 7 Uhr, in der Beuditzschule Mitgliederversammlung. Da wichtige Tagesordnung vorliegt, ist das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

Weidau. Grubenunglück. Am Sonnabend verunglückten zwei Grubenarbeiter auf der Grube „Neue Sorge" bei Weidau. Sie wurden von hereinbrechenden Kohlenmassen verschüttet, als sie eine Strecke abbauten. Obgleich schnell Hilfe bei der Hand war, konnte doch nur einer von ihnen noch lebend befreit werden. Den zweiten, Bol. Schr., fand man erst nach mehrstündiger Arbeit entseelt auf. Der Verstorbene hinterläßt Frau und acht Kinder.

Naumburg. Erschossen! In einer der letzten Nächte war beim Landwirt Reinhold Cyliax in Tauchwitz ein Einbruch verübte. Der Landwirt nahm mit seinem Sohne die Verfolgung des Einbrechers auf. Sie stellten ihn in Bad Kösen an dem Fußmege in der Nähe der Wilhelmsburg. Dieser soll sich mit einem Revolver zur Wehr gesetzt haben. Der jüngere Cyliax streckte ihn darauf durch einen Schuß nieder. Der Schrotschuß führte seinen sofortigen Tod herbei.

Zeitz. Oeffentliche Volksversammlung. Freitag, den 7. März, abends 7½ Uhr, findet im „Terrassengarten" eine öffentliche Volksversammlung statt. Referent Genosse Schröter, Berlin. Wir fordern die Arbeiterschaft auf, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. Unsere Genossen müssen für die Versammlung recht rege Propaganda entfalten.

Zeitz. Schläft die Polizeiverwaltung? Zum 1. März sind in der gesamten Presse die amtlichen Mitteilungen erschienen, daß der Belagerungszustand und damit auch das Verbot der KPD. aufgehoben worden ist. Der Zeitzer Polizeiverwaltung, an deren Spitze ein sozialdemokratischer Chef steht, ist davon noch nichts bekannt. Als unsere Genossen vorstellig wurden und Herausgabe des seinerzeit beschlagnahmten Materials beantragten, wurden sie abgewiesen mit der famosen Bemerkung, es sei amtlich von einer Aufhebung des Verbots noch nichts bekannt! Liegt denn Zeitz drei Tage hinterm Mond? Oder ist es reine Schikane, um die kommunistische Agitation möglichst lange hinauszuschieben? Gewiß hat die MSPD., der der „Ober" angehört, daran Interesse, aber von der Polizeiverwaltung muß Objektivität verlangt werden. Wenn das Material nicht schleunigst herausgegeben wird, dann wird die Polizeiverwaltung für den Schaden verantwortlich gemacht werden. Oder ist das Material inzwischen gestaut worden?

Theißen. Achtung Erwerbslose! Freitag, den 7. März, nachmittags 2 Uhr, im „Blauen Stern" öffentliche Erwerbslosen-Versammlung. Der wichtigen Tagesordnung wegen sind sämtliche Erwerbslose von Theißen und Umgegend verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. Referent zur Stelle.

Mansfeld-Sangerhausen

Sangerhausen. Konsumverein. Von der Verwaltung wird uns geschrieben: Vorwärts für die Konsumgenossenschaftsbewegung geht es auch in dem Verteilungsbezirk des Konsumvereins für Sangerhausen und Umgegend. Die gegenwärtige Stabilität der Geldwährung läßt auch wieder die Anschaffung aller Artikel in den Verteilungsstellen des Vereins ermöglichen. Die Läden sind gegenwärtig wieder aufgefüllt, und die Preisgestaltung in die Form eines aufschlaggebenden Faktors getreten. Auf den Niederschlag durch die steigende Inflation, die unsere Organisation in die größte Mitleidenschaft gezogen hatte, folgt jetzt eine innere Gesundung. Der Anblick unserer Verteilungsstellen gleicht wieder jenem der Vorkriegszeit. Alles, was das Herz begehrt, ist bald wieder zu bekommen. Die Ueberwindung der Inflation ist nur den treuen Genossenschaftern zu danken, welche in anerkennenswerter Weise sich nicht scheuten, den von ihnen verlangten Geschäftsanteil zu zahlen. Wenn auch einige Wenige durch die damalige Einzahlung der erhöhten Geschäftsanteile ihrer Verteilungsstelle den Rücken kehrten, so sehen wir heute doch die Ernüchterung wieder Platz greifen. Der Verkehr innerhalb unserer Läden muß noch weiter gefördert werden. Was diesem Grunde finden gegenwärtig überall, wo unser Verein Verteilungsstellen hat, Hausagitationen statt. Bei diesen Hausagitationen wird die Tätigkeit ein Flugblatt mit zur Verteilung gebracht, welches sich gegen die Warenverteilung innerhalb der Werksbetriebe wendet. Das Flugblatt betitelt sich „Nicht Ware, sondern Lohn". Auch hier merken wir, daß sich ein Stab Mitarbeiter um diese Kleinarbeit schart, um freudig sich in den Dienst der guten Sache zu stellen. Da aber Mitarbeiter zur intensiven Durchführung dieser Kleinarbeit nicht genug gebraucht werden, ist es erforderlich, daß alle Genossen, die für ein paar Stunden sich von ihrer freien Zeit dem allgemeinen Dienst widmen wollen, sich bei ihrem Lagerhalter melden. Je mehr Mitarbeiter vorhanden sind, um so mehr Propaganda wird entfaltet, desto größer ist der Erfolg, der sich bei den Umsätzen der Verteilungsstellen bemerkbar macht. Die Größe des Umsatzes ist die Ursache der Leistungsfähigkeit der Organisation. Die Leistungsfähigkeit des Vereins kann nur erhalten bleiben, wenn jedes Mitglied seinen Bedarf im Konsumverein entnimmt. Für beste preiswerte Ware ist Sorge getragen. In Anerkennung dieser Tatsache ist die Verwaltung bemüht, dem Verein das nötige Geleit zu geben. Die Mitglieder fühlen das, indem unser Verein in allen Orten, wo Verteilungsstellen vorhanden sind, wir preisregulierend wirken. Deshalb treten die Fragen zur Unterstützung des Konsumvereins in allen Versammlungen der Gewerkschaften sowie auch der Parteien des öfteren in Erscheinung. Eine Gefahr aber bildet die Abgabe der Waren innerhalb der Betriebe. Die Betriebsräte und alle anderen Arbeitnehmer haben Sorge zu tragen, daß diese Art Vermundung des Arbeitgebers auf dem schnellsten Wege beseitigt wird. Dazu ist das Flugblatt verfaßt, und bitten wir, dieses genau zu beachten und danach zu handeln. Genossinnen und Genossen! Zögern wir keinen Augenblick, gehen wir entschlossen an die Aufklärungsarbeit, um mit vereinten Kräften unsere Organisation zu fördern und zu dem weit höheren Ziel, neben einer geregelten Warenverteilung, eine geregelte Warenerzeugung zu setzen.

Volkstedt. Endlich befreit ist die hiesige Arbeiterschaft von dem sattsam bekannten Paulchen Liedloff, der sein Bündel geschnürt hat, um nach Großostershausen „auszuwandern". Die Volkstedter Arbeiterschaft weint ihm keine Träne nach. Der ehemalige „Revolutionär" war nicht der, als der er sich gern hingestellt hatte; die Arbeiterschaft hatte ihn schnell erkannt. Im letzten Jahre war er beim Stahlhelm gelandet, wo er seinem Treiben die Krone aufsetzte. Die Großostershausener Arbeiterschaft sei vor ihm gewarnt.

Bitterfeld-Delitzsch

Bitterfeld. Wochenbericht des Kreisarbeitsnachweises. Die Arbeitsmarktlage zeigt die Anfänge der Besserung. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen, die sich der Kontrolle des Arbeitsnachweises unterstellt haben, betrug am 25. Februar 3689 männliche (617 Stadt Bitterfeld und 2472 Kreis Bitterfeld), 599 weibliche (151 Stadt Bitterfeld und 448 Kreis Bitterfeld), insgesamt 3688 (am 1. Februar sind gemeldet 4234, weniger 546). Durch die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung hat sich ein Teil der Erwerbslosen der regelmäßigen Kontrolle entzogen, so daß die Zahl der vorhandenen Erwerbslosen sich etwas höher herausstellen wird. Die Finanzlage hat es erforderlich gemacht, die schon in der Vorwoche berichtete Einstellung der Erwerbslosenunterstützung für 51 Landgemeinden aufrechtzuerhalten. Es werden in diesen Gemeinden nur an Erwerbslose Unterstützungen gezahlt, die nach eingehender Prüfung der wirtschaftlichen Lage als bedürftig anerkannt werden. Unterstützte Erwerbslose sind noch vorhanden: 2377 männliche Haupt-Unterstützungsempfänger (448 Stadt Bitterfeld und 1929 Kreis Bitterfeld), 479 weibliche Haupt-Unterstützungsempfänger (176 Stadt Bitterfeld und 353 Kreis Bitterfeld), insgesamt 2856. (Am 1. Februar 1924 waren vorhanden 3930, so daß der Rückgang vom 1. bis 27. Februar 1924 1074 beträgt). Unterstützungsberechtigte Angehörige sind vorhanden: 2591 gegen 3281 am 1. Februar; der Rückgang beträgt 690. An Kurzarbeiter wird die Unterstützung seit dem 3. Februar 1924 nicht mehr gezahlt. Der Unterausschuß des Verwaltungsausschusses hat für die bis zum 1. März 1924 laufende Woche die Unterstützung für die Verheirateten in voller Höhe, für die Ledigen mit 66,66 Prozent der Höchstsätze festgesetzt.

Zörbig. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag stiegen Diebe nach Eindrücken der großen Fensterscheibe von der Straßenseite in das Restaurant „Zur guten Quelle" ein. Nach Durchsuchung des Büfetts sowie der Küche verschwanden die Diebe auf demselben Wege, den sie gekommen, unter Mitnahme von etwa zehn Rentenmark, mehreren Flaschen Liköre, Zigarren, Zigaretten und mehreren Tafeln Schokolade. Die in der Küche befindlichen Eßwaren ließen die Diebe unberührt. In den Vormittagsstunden des Sonntags wurden in den benachbarten Straßen vier leere Likörflaschen sowie eine angebrochene ½-Literflasche Rum gefunden, die [illegible] Diebstahl herrühren. Hoffentlich gelingt es, der Täter habhaft zu werden.

Zschornewitz. Internationale Arbeiter-Hilfe. Der PGD. Zschornewitz hat es ermöglicht, daß auch hier an die ärmsten der Armen eine Verteilung von Lebensmitteln seitens der IAH. stattfindet. Es steht zu erwarten, daß auch eine Warmspeisung errichtet wird. Ob es sich ermöglichen wird, diese Einrichtung laufend aufrecht zu erhalten, wird abhängig sein von der Beisteuerung. Im Interesse aller Beteiligten wäre es wünschenswert. Am Sonntag, dem 9. März, findet die Eröffnung der IAH. im Koloniegasthof statt. Die arbeitende Bevölkerung wird hiermit eingeladen.

Delitzsch. Frontsoldaten ins Stadtparlament! Heraus mit den „Roten"! So lauten die neuesten Parolen der Stahlhelmer. Deshalb stellt der Stahlhelm, der Bund der „Frontsoldaten", für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in Delitzsch eine eigene Kandidatenliste auf. Und da die Stahlhelmer wissen, daß sie mit ihren paar Männeckens keinen einzigen Kandidaten durchbringen, haben sie bei anderen „vaterländischen" Vereinen und Verbänden um Unterstützung gebettelt. Kapitalistische Kreise sollen weitgehende finanzielle Hilfe zugesagt haben; sie wissen ja auch warum. Der „Stahlhelm", der immer vorgab, keine Politik betreiben zu wollen, stürzt sich also nunmehr auf das kommunalpolitische Gebiet. Daß er davon nicht das mindeste versteht, hat er bereits bewiesen; er will u. a. auch die „künstlich geschaffene Klassifizierung der Einwohnerschaft in Bürger und Arbeiter" bekämpfen. Er will brechen mit der „veralteten Anschauung", daß die sogen. „bürgerliche" Fraktion eine Vertretung der „Bürgerschaft" und die „kartellpolitische sozialistische und kommunistische" Fraktion eine Vertretung der „Arbeiterschaft" sei. Jedes politische Kind weiß, daß mit solchen Phrasen die Klassengegensätze nicht beseitigt werden, daß diese auf ganz anderen Gebieten begründet liegen, daß es solche Gegensätze geben wird und muß, solange der Kapitalismus nicht beseitigt ist, solange auf der einen Seite eine kleine Schicht vorhanden ist, die allen Besitz und auch Geld in Ueberfluß hat, während auf der anderen Seite ungeheure Massen der Bevölkerung hungern und darben. Nur der Stahlhelm weiß das nicht oder will es nicht wissen. Wenn er die Klassengegensätze bekämpfen will, dann muß er den Kapitalismus bekämpfen und beseitigen. Aber da würde er selbst den Ast absägen, auf dem er sitzt. Das will er ja auch gar nicht; sein Kampf, den er auf kommunalpolitischem Gebiet jetzt führen will, ist unehrlich und verlogen von vornherein. Er will nur der Reaktion Stimmen zuführen, um die „rote Herrschaft" im Stadtparlament zu brechen. Deshalb hat er eine Reihe von Forderungen aufgestellt, deren erste lautet: Kampf gegen den roten Terror im Stadtparlament. Es ist nirgendwo bekannt geworden, daß anderwärts, wo der Weiße Terror im Stadtparlament herrscht, der Stahlhelm gegen diesen ankämpfen will. Schon damit dürfte bewiesen sein, daß der Stahlhelm einseitig den Kampf nur gegen links führen will. Er will angeblich eine bessere Wohnungsfürsorge, und zwar durch „unbedingte Förderung des privaten Baumesens" und Verhinderung des Zuzuges „fremdrassiger Elemente" (Juden!) Der Stahlhelm will also den Herren Bauunternehmern auf Kosten der Steuerzahler Zuschüsse geben, damit diese „billig" bauen können. In der Praxis bedeutet das, daß diese Besitzenden aus den Steuergroschen der arbeitenden Bevölkerung unterstützt werden, daß diese um so größere Profite machen können. Das ist schärfste Interessenwirtschaft, die der Stahlhelm zu bekämpfen vorgibt. Wichtige Aemter der Stadt sollen mit Männern besetzt werden, die neben fachlichen Eignung „Autorität" und „Rückgrat gegen parteipolitische Einflüsse" besitzen. Wie das zu verstehen ist, ergibt sich von selbst; unter „parteipolitischen Einflüssen" ist natürlich die Linke gemeint, die sich aus Kommunisten und Sozialdemokraten zusammensetzt. „Fachliche Eignung" haben nur jene, die „das Handwerk gelernt", d. h. studiert haben. Wie kann auch ein simpler Arbeiter Bürgermeister oder Stadtrat werden, nicht wahr? Elende Schaumschlägerei, die der Stahlhelm da verübt! Jeder Wähler, der auf solchen Leim kriechen sollte, würde gar bald merken, daß er seinen Metzger gewählt hat, der ihm das Fell über die Ohren zieht. Im Gemeindeparlament gibt es ebenso wie im Reichs- oder Landesparlament sehr viele wirtschaftliche Fragen, die, je nachdem eine linke oder rechte Mehrheit vorhanden ist, im Interesse der Besitzenden oder der Nichtbesitzenden gelöst werden. Wo eine bürgerliche Mehrheit vorhanden ist, werden diese Fragen immer zugunsten der Besitzenden gelöst, ohne daß der Stahlhelm etwas dagegen einzuwenden hat. Nur wenn eine linke Mehrheit die Interessen der Nichtbesitzenden wahrnimmt, dann ist das in den Augen des Stahlhelms „Roter Terror", der gebrochen werden muß. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, rechtzeitig dieser neuen Gefahr zu begegnen; der Ansturm der Gegner, zu denen auch der Stahlhelm gehört, kommt bei den jetzigen Wahlen von allen Seiten. Der Aufmarsch des Stahlhelms zur Gemeindewahl bedeutet eine Stärkung des Gegners der Arbeiterschaft. Kein Arbeiter lasse sich bluffen, es gibt bei der jetzigen Entwicklung der Dinge nur ein Links oder Rechts, auch im Gemeindeparlament. Die Klassengegensätze, herbeigeführt durch die kapitalistische Entwicklung, sind vorhanden und können nur durch schärfste Bekämpfung des Kapitalismus und seiner Stützen, also auch des Stahlhelms, bekämpft und beseitigt werden. Nicht Stahlhelmer gehören ins Stadtparlament (mit Stahlhelm und Handgranaten kann nicht regiert werden), sondern Männer aus dem arbeitenden Volke, die wissen, wo diesem der Schuh drückt. Das sind die Vertreter der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die die ungeheure Mehrheit des Volkes bilden. Am rücksichtslosesten werden deren Interessen wahrgenommen von den kommunistischen Gemeindevertretern, wie an vielen Beispielen nachgewiesen werden könnte. Die Arbeiterschaft weiß das auch und wendet sich deshalb deren Sympathie immer mehr den Kommunisten zu. Arbeiter, die Augen auf! Laßt Euch nicht blenden vom Stahlhelm, wählt die Leute, von denen Ihr sicher seid, daß sie tatkräftig Eure Interessen vertreten. Der Stahlhelm vertritt die Interessen der Besitzenden! Deshalb keine Stimme dem Stahlhelm!

Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. Auftakt zu den Stadtverordnetenwahlen. Freitag, den 7. März, abends 7 Uhr, bei Freudenberg wichtige Konferenz der KPD. Stellungnahme zu den Stadtverordnetenwahlen. Alle Funktionäre haben zu erscheinen.

Aus der Jugendbewegung

Die Bezirkskonferenz am 9. März findet nicht statt. Nur der Bezirksausschuß tagt. Distrikte und Unterbezirksleiter nehmen daran teil.

Bezirksleitung der K. J.

Arbeiter-Sport

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Sonntag, den 9. März. Handballerinspiele in Rieseben: nachmittags 3 Uhr Rieseben 2. Jugend gegen Rosenhof Jugend; 4 Uhr Rieseben 1 gegen Hall. 2. (Schiedsrichter Wörmlitz); in Ammendorf nachmittags 3 Uhr Fichte Ammendorf 1. gegen Fichte Halle 1. (Schiedsrichter Wörmlitz). Am Sonntagvormittag 9½ Uhr bei Leuchte, Wörmlitzer Straße 98, Vereinsleitersitzung des ganzen 6 Bezirks. Jeder Verein muß vertreten sein.

MTV. Trotha-Süd. Sonntag, den 9. März, vormittags ½11 Uhr, spielen MTV. Trotha-Süd gegen Reideburg 1. auf der Peißnitz. Treffpunkt ½10 Uhr in der „Tanne". Sonnabend, den 8. März, abends 7½ Uhr Sitzung sämtlicher Mitglieder in der „Tanne".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240305-19/fragment/page=0006

Wirtschaftliches

Milderung der russischen Wirtschaftskrise

Die „Deutsche Tageszeitung", das Organ der deutschen Großagrarier, berichtet und schreibt über die russische Wirtschaftslage:

„Nach Angaben des volkswirtschaftlichen Bureaus der russischen Staatsbank ist im Gegensatz zu den Herbstmonaten im Januar das Angebot auf dem Getreidemarkt fast im ganzen Staatsgebiet hinter der Nachfrage erheblich zurückgeblieben. Die Folge davon war ein starkes Steigen des Getreidepreises vor allem in der letzten Januardekade, das sich in der ersten Februarhälfte fortzusetzen scheint. So stieg der Preis für das Pud Weizen in der Ukraine von 75 Kopeken im Dezember auf 1,10 Rubel im Januar und etwa 1,50 Rubel um den 10. Februar. — Während die Preise für Getreide- und Futterstoffe in der ersten Februardekade um 8,4 Prozent stiegen, betrug die Teuerung für industrielle Produkte im gleichen Zeitraum nur 1,8 Prozent. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte, die am 1. Januar 69 Prozent der Vorkriegspreise betrugen, sind damit auf 84 Prozent des Friedenspreisniveaus gestiegen. — Die auseinanderstrebenden Schenkel der „Schere" sind hiermit in eine rückläufige Bewegung eingetreten. Falls die Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte mit einer zunehmenden Aufnahmefähigkeit des bäuerlichen Marktes für industrielle Produkte Schritt hält, nähert sich Rußland der Lösung seines wichtigsten wirtschaftlichen Problems in der letzten Zeit."

Der Kommentar der „Deutschen Tageszeitung" zu diesem Bericht der russischen Staatsbank zeigt, daß selbst nach bürgerlich-antikommunistischen Auffassungen es Sowjet-Rußland gelingen wird, die Preise für Industrieprodukte durch Rationalisierung der russischen Großindustrie mit den Preisen der Produkte der russischen kleinbäuerlichen Landwirtschaft nach und nach in Einklang zu bringen und damit auch die wirtschaftliche Grundlage für das dauernde Bündnis zwischen Proletariat und Bauerntum in Sowjet-Rußland zu schaffen. Bekanntlich war „die Schere" eine der wichtigsten Ursachen innerhalb der russischen Kommunistischen Partei. Jetzt geht sich, daß in Sowjet-Rußland die Kommunisten nicht nur zu diskutieren, sondern ebenfalls zu handeln wissen, daß sie die Wirtschaftsprobleme der Sowjet-Diktatur nach und nach zu meistern verstehen.

Bekanntlich ist in Deutschland dieselbe „Schere", dasselbe Mißverhältnis zwischen den Preisen der Industrieprodukte und der Kaufkraft des Kleinbauerntums vorhanden. In Deutschland ist aber nicht vorhanden eine Regierung, die es sich zur Pflicht macht, das Kleinbauerntum aus der Not zu helfen. Im Gegenteil. Zur Auswucherung des deutschen Kleinbauerntums durch die Industrie kommt in Deutschland noch der Steuerabzug der Schwerindustriellen.

Gewerkschaftsbewegung

Die kommunistische Ortsverwaltung in Suhl gegen 7 Stimmen wiedergewählt

(Eig. Drahtb.) Suhl, 3. März.

Auf der am Sonntag gutbesuchten Generalversammlung der Metallarbeiter von Suhl und Umgegend siegte bei der Neuwahl der Ortsverwaltung die kommunistische Liste mit allen gegen sieben Stimmen. Die Abstimmung dürfte erneut den Beweis erbracht haben, daß die Umsterdamer im Suhler Bezirk nur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind. Sie fühlen sich nur noch stark in ihrem MSPD.-Organ, der „Erfurter Tribüne", in deren Redaktion der ehemalige überradikale Mehrheitssozialist Frühauf einem Kommunisten „verzehrt", um kräftig das Zentrum der sozialdemokratischen Parteivorstandspolitik zu führen. Die Generalversammlung stellte sich restlos hinter die Opposition und billigte deren Stellungnahme und die eingeschlagene Taktik auf dem Verbandstag.

Arbeiter, Erwerbslose!

Jeder Monat, jede Woche, jeder Tag bringt der Gesamtarbeiterschaft neue Entrechtungen, neue Entbehrungen. Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, der Gesamtarbeiterschaft Lohn und Brot zu verschaffen. Das Unternehmertum ist nicht gewillt, die Arbeiter allein nur so zu entlohnen, wie es die allernotdürftigste Erhaltung des Lebens und der Gesundheit erfordert. Die Angehörigen der Arbeiterklasse, ganz gleich, ob beschäftigt oder arbeitslos, sollen für diese Zeiten an das Elend gefesselt werden. Was den Machtgelüsten und der Willkür des Unternehmertums nicht allein gelingt, das ist der kapitalistische Staat auf dem Wege der Gesetzgebung nach. Das Kapital braucht eine industrielle Reservearmee, damit die Beschäftigten um so gefügiger sind. Um das Heer der Arbeitslosen zu vergrößern, wurde mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes das Arbeitszeitgesetz geschaffen, um dem Unternehmertum mit Hilfe staatlichen Schlichter und Schlichtungsausschüsse die

Beseitigung des Achtstundentages

ermöglichen. Daran hat das Unternehmertum nicht genug. Der Arbeitende soll nicht nur unter der ständigen Drohung des Unternehmertums mit der Entlassung länger arbeiten, das Ziel der Unternehmer und des kapitalistischen Staates ist zugleich die

Kürzung des Arbeitslohnes

der Gehälter. Trotz dieses offensichtlichen brutalen Angriffs des Unternehmer mit Hilfe des staatlichen Machtinstrumentis, trotzdem es offenen Bürgerkrieges des Kapitals mit der Masse des Volkes gegen die Arbeiterklasse, versucht der Kapitalismus in einem Schein des Wohlwollens zu umhüllen. Er läßt durch Gesetzgebung Beschäftigung im Wege der Notstandsarbeit schaffen.

Doch die Maske fällt und als fürchterliche Fratze des Kapitals zeigt sich die gesetzlich festgelegte

Arbeitspflicht

der Erwerbslosen. 24 Stunden in der Woche soll der Ledige in eigenem Haushalt arbeiten für zusammen 4,20 Mark oder für ½ Pf. in der Stunde. Arbeitet er länger in der Woche, so erhält er für je weitere acht Stunden 1,26 Mark oder 15,8 Pf. stündlich. Es ist eine tolle Zumutung, die man an die Arbeiterschaft stellt. Der Erwerbslose soll zum

Lohndrücker und Verräter

seiner eigenen Klasse werden. Er soll zusehen, wie trotz seiner Arbeit ihm Frau und Kind verhungern. Schwinden ihm bei jeder Entlohnung die Kräfte derart, daß seine Leistung so geringfügig wird, daß sie einer Verweigerung gleichgeachtet werden kann, so wird er auch aus der Pflichtarbeit entlassen und es tritt

Entziehung der Unterstützung

ein. Nun mag er ganz verrecken. Die Armenhilfe kann ihn nicht halten. Gemeinden, Länder und Reich haben hierfür angeblich keine oder nicht genügende Mittel.

Wer schafft hier Hilfe?

Nicht Almosen fordern die Erwerbslosen. Nicht Bettelpfennige wollen wir. Der Arbeiter ist kein Bettler. Der Arbeiter hat ein Recht zum Leben, ein Recht auf Arbeit gegen auskömmlichen Lohn. Nicht die Politik der VSPD. hilft hier. Sie ist es, die nicht nur Mitschuld an diesen durch die staatlichen Verordnungen und jetzige geschaffenen Rechtsverhältnissen an der immer weiteren Entrechtung und Verelendung der Arbeiterschaft trägt, sondern das eine Arbeiterpartei zu sein vorgibt, ist für durch ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz und durch die fortgesetzten Bemühungen des Gesetzes und der daraus entstandenen Verordnungen zum Hauptschuldigen an der Verelendung der Arbeiterschaft geworden.

Hier hilft nur die Selbstbesinnung und der engste Zusammenschluß der Beschäftigten mit den Erwerbslosen. Zum Ziele können nur die Einstellung und die Handlungen führen, die aus der klaren Erkenntnis geboren sind, daß der Kapitalismus, seine vollziehenden Gewalten und seine Helfer unfähig sind, die Not der arbeitenden Bevölkerung zu beseitigen und daß in diesen Kreisen nicht einmal der nachhaltige Wille dazu vorhanden ist und nicht sein kann. Nur der enge Zusammenschluß der arbeitenden und der erwerbslosen Bevölkerung auf der Grundlage des Klassenkampfes zur Abwehr des kapitalistischen Angriffs ist imstande zu helfen. Der Kampf gilt:

1. **Der Beseitigung der Pflichtarbeit in jeglicher Form, soweit nicht Tariflöhne dafür gezahlt werden;**
2. **dem Angriff auf den Achtstundentag;**
3. **für Zahlung ausreichender Löhne;**
4. **für Schaffung von tariflich bezahlter Arbeitsgelegenheit;**
5. **für Zahlung ausreichender Erwerbslosenunterstützung für die volle Dauer der unverschuldeten Erwerbslosigkeit;**
6. **für die Schaffung einer sozialistischen Wirtschaftsweise.**

Die Gewerkschaften werden dringend ersucht, zu diesen Tatsachen unverzüglich in Versammlungen Stellung zu nehmen.

Der Ortsausschuß des ADGB.

Kurze gewerkschaftliche Nachrichten

Deutscher Metallarbeiterverband. Donnerstag, den 6. März, abends 7½ Uhr, im „Volkspart", Mittelzimmer, Sitzung der Funktionäre, Betriebsräte und Kassierer. Unter anderem wird auch über die in Magdeburg stattgefundenen Lohnverhandlungen berichtet. Das Erscheinen aller Funktionäre ist dringend erforderlich.

Fabrikarbeiter. Sämtliche Kollegen unseres Verbandes, die auf dem Boden der Opposition stehen, treffen sich am Freitag, dem 7. März, abends 7½ Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft zu einer wichtigen Besprechung.

Neues vom Tage

Der Kampf um die deutsche Schwergewichts-Meisterschaft

zu dem Paul Samson-Körner Hans Breitensträter herausgefordert hat, hat sich im Berliner Sportpalast vor einem ausverkauften Hause abgespielt. Der Andrang war ganz ungeheuerlich. In dem westlichen Teil der Potsdamer Straße, wo sich der Sportpalast befindet, wogte eine erregte Menge hin und her. Das Haus war bis auf den letzten Platz ausgefüllt. Der Kampf war kurz, aber temperamentvoll. Schon im dritten Gang kam Breitensträter mit blutenden Schläfe zu Fall. Erst in dem Augenblick, da das verhängnisvolle „Aus" des Ringrichters ertönte, vermochte er sich wieder zu erheben.

Eisenbahnunglück in Frankreich

Aus Paris wird gemeldet: Auf dem Bahnhof St. Lazare ist es infolge falscher Weichenstellung zu einem Eisenbahnunglück gekommen, bei dem zwei Personen den Tod gefunden haben und 21 verletzt wurden.

Acht Jahre als Gesunder im Irrenhaus. Aus London wird gemeldet: Nach eingehender Untersuchung hat eine Kommission den Fall eines gewissen Harnett-Newington dahin entschieden, daß dieser zu Unrecht nicht weniger als acht Jahre in einer Irrenanstalt eingesperrt gewesen war. Das Gericht sprach ihn eine Schadenersatzsumme von 25 000 Pfund Sterling zu, die die Aerzte ihm zahlen müssen, die damals die falsche Diagnose gestellt haben. Das Gericht betont in der Urteilsbegründung, daß es leider wenig Mittel gäbe, um das Publikum gegen derartige ärztliche Willkür zu schützen, und stellt ausdrücklich fest, daß die Geldentschädigung so hoch festgesetzt sei, um die Aerzte vorsichtiger zu machen.

Grubenunglück bei Buer. Auf der Zeche „Graf Bismarck" bei Buer ereignete sich ein schweres Grubenunglück. Drei Bergleute waren mit einem mit Eisenschienen beladenen Korb ohne Wissen des Fördermaschinisten in die Grube gefahren. Der Förderkorb stieß derart auf die Sohle auf, daß die drei Leute in schwere innere und äußere Verletzungen davontrugen. Einer von ihnen ist bereits im Krankenhause gestorben.

Von einem Straßenbahnwagen zerrissen. Dieser Tage hatte man vor dem Hause Rudower Straße 1 in Neu-Bukow die schrecklich verstümmelte Leiche eines etwa 25 Jahre alten Mannes aufgefunden. Der linke Arm war vom Körper getrennt, der Leib war aufgerissen und der Kopf zerschmettert. Da man zunächst an einen Mord glaubte, wurde die Mordkommission an den Fundort gerufen. Diese stellte aber bald fest, daß es sich lediglich um einen schweren Unfall handelt. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß der Mann durch einen Straßenbahnwagen überfahren und etwa 300 Meter weit mitgeschleift worden war. Man hat auch den Wagen ermittelt, von dem die Schuhbretter teilweise abgerissen und mit Blut und Gehirnmasse besprizt waren.

Tollkühnes Rettungswerk in den Lüften. Der amerikanische Flieger Fred Loon schwang sich kürzlich, als sein Apparat zu Houston (Texas) etwa 200 Meter von der Erde entfernt in vollem Fluge war, von seiner Maschine um das Leben der Schauspielerin Rosalie Gordon zu retten, die nach dem Verlust ihres Fallschirms in verzweifelter Lage unter dem Führersitz ihrer Maschine hing. Die beiden Begleiter, die mit ihr die Fahrt machten, sahen sie fallen und die Schauspielerin wäre wie ein Stein zur Erde gestürzt, wenn sich nicht glücklicherweise die Seile ihres Fallschirms in ein Tau unter der Maschine verwickelt hätten. Der eine ihrer Reisegefährten, der unter dem Namen Diavolo bekanntgewordene Fliegerakrobat, war, um sie zu retten, aus dem Flugzeug gekrochen und hatte den verzweifelten Versuch gemacht, die am Seil hängende Kollegin an Bord zu ziehen. Fred Loon hatte den Vorgang von ferne gesehen und war in schnellem Fluge herbeigeeilt. Er brachte sein Flugzeug möglichst nahe an das andere heran und erfrischte den günstigen Augenblick, um den tollkühnen Sprung zu wagen. Er landete auch glücklich auf der Tragfläche während sein führerlos gewordenes Flugzeug abstürzte und auf der Erde zerschellte. Er kroch von der Fläche zu dem Führersitz und löste den Piloten am Steuer ab, der seinerseits mit Diavolo zusammen Mitz Gordon an Bord zog.

Elektrifizierung bayrischer Bahnlinien. Nach einer Mitteilung des Regierungsrats Michel vom Reichsverkehrsministerium, Zweigstelle Bayern, werden demnächst in Südbayern drei Eisenbahnlinien elektrifiziert, und zwar 1. München—Garmisch, 2. München—Landshut—Regensburg, 3. München—Rosenheim—Kufstein und München—Salzburg auf der Strecke nach Wien. Die Elektrifizierung bringt große wirtschaftliche Vorteile durch größere Leistungsfähigkeit.

Raubmord von Selbstschutz-Leuten. In Oppeln hatten sich zwei frühere Selbstschutzangehörige wegen eines im September 1921 verübten Raubmordes zu verantworten. Sie hatten zwei Stoffhändler unter dem Vorwand, sie müßten sich bei der Selbstschutzgruppe melden, in den Wald gelockt, dort erschossen und beraubt. Die Täter machten für sich den Amnestieerlaß geltend, da es sich um einen politischen Mord (!) gehandelt habe. Das Gericht kam jedoch zur Annahme, daß politische Motive nicht vorlagen und verurteilte einen der Angeklagten, den 21jährigen Grubenarbeiter Wrobel, zum Tode, während der andere wegen Mangels an Beweisen freigesprochen wurde.

Riesenbankraub in Genua. Wie gemeldet wird, wurden durch Sprengung des Tresors aus der Provinzialkasse in Genua an Bargeld, Schatzscheinen, Stempelmarken usw. 6 Millionen Lire geraubt. Der flüchtige Täter ist der mit der Nachtwache betraute Beamte der Kasse.

Das Wunderkind als vierfacher Mörder. Ein furchtbares Verbrechen, das von einem „Wunderkinde" begangen wurde, ist vor kurzem in den Vereinigten Staaten aufgedeckt worden. Frank Mc Dowell, der als Wunderkind viel gefeiert wurde und schon mit 16 Jahren den Doktorgrad der George Washington-Universität erwarb, wurde in St. Petersburg, Florida, unter der Anklage verhaftet, seine beiden Schwestern und seine Eltern ermordet zu haben. Der junge Mann, der jetzt 19 Jahre alt ist, und eine phänomenale geistige Begabung besitzt, gestand die furchtbare Untat ein. Er berichtete, wie er vor einem Jahre in das Schlafzimmer seiner Schwestern, die 17 und 16 Jahre alt waren, gekrochen sei, ihre Bettdecken mit Petroleum getränkt und dann die Betten angezündet habe. Die Stadt Decatur in Georgia, in der damals die Familie Mc Dowell lebte, wurde von dieser Untat tief ergriffen, und man glaubte allgemein, daß der Brand von Negern angelegt worden sei. Verschiedene Farbige wurden verhaftet und entgingen mit genauer Not dem Lynchen. Nach dem Tode ihrer Töchter zogen die Eltern Mc Dowell mit dem Sohne nach Petersburg. Dort wurden sie vor kurzem tot im Bette aufgefunden, beide mit Schüssen durch den Kopf. Der Sohn, der selbst eine schwere Beule an der Stirn hatte, behauptete zunächst, daß ein Fremder ins Haus eingedrungen sei und ihn durch einen Schlag betäubt habe, so daß er bewußtlos gewesen sei. Später gestand er, daß er sich die Beule selbst beigebracht habe, um den Verdacht von sich abzulenken. Er gibt selbst an, daß er unter religiösem Wahnsinn leide, und brachte als das Motiv seiner furchtbaren Tat vor, er habe seine Schwestern ermordet, um eine Gotteslästerung zu sühnen (!), die er mit 12 Jahren begangen habe, und daß er seine Eltern ermordet habe, um den Tod seiner Schwestern zu sühnen!

Ein neuer Höhenweltrekord. Nach einem Telegramm aus Dayton (Ohio) hat der amerikanische Fliegerleutnant Mac Ready den Höhenweltrekord für Flugzeuge geschlagen und mit seinem Flugzeug eine Höhe von 12 494 Metern erreicht. Der Versuch Mac Readys hat unter den von dem Internationalen aeronautischen Verein festgestellten Bedingungen und unter Kontrolle des Fliegers Orville Wright stattgefunden. Mac Ready war schon einmal Inhaber des Höhenweltrekords, nachdem er sich am 27. September 1921 mit seinem Flugzeug 10 518 Meter hoch erhob. Darauf wurde er von Sadi Lecointe geschlagen, der im Oktober vorigen Jahres eine Höhe von 11 145 Metern erreichte.

Automobilunglück bei Ludwigsburg. Aus Stuttgart wird gemeldet: Ein mit fünf Personen besetzter Kraftwagen kam auf der stark vereisten Straße zwischen Ludwigsburg und Zuffenhausen ins Schleudern und wurde in den Graben geworfen. Zwei der Insassen, der Händler Schenk und seine Frau aus Stuttgart, wurden sofort getötet, der ebenfalls aus Stuttgart stammende Kaufmann Krapf erlitt einen komplizierten Schädelbruch, und der vierte Insasse einen Schlüsselbeinbruch, während der Autofährer unverletzt blieb.

Das Ende des Kalifats. Die Türkei hat das Kalifat abgeschafft. Wie WTB. meldet, ist der Kalif gestern aus Konstantinopel nach der Schweiz abgereist, um dort dem Klub der Abgedankten beizutreten.

Tropisches Wetter auf dem Nordatlantik. Wie die Passagiere der aus Newyork in englischen Häfen ankommenden Schiffe berichten, herrscht über diesem Teil des Atlantik wahrlich ein Phänomen in dieser Jahreszeit, der herrlichste und wärmste Sonnenschein, ja, die Wärme nimmt stellenweise sogar tropische Hitze an, so daß ein großer Teil der Passagiere in weißen Flanellanzügen auf dem Deck promenierte.

In dem Vorkampf um die deutsche Schwergewichtsmeisterschaft wurde der bisherige Titelinhaber Hans Breitensträter von seinem Herausforderer, dem Deutschamerikaner Samson-Körner, in der dritten Runde knock out besiegt. Weiter schlug der australische Schwergewichtsmeister George Cook den Italiener Giuseppe Spaller in der sechsten Runde knock out.

Eine Dresdener Köpeniciade. Vorige Woche erschien im Dresdener Bankhause Matterdorff ein angeblicher Revisionsinspektor des Reichsdevisenkommissars in Begleitung mehrerer Beamten des Reichsfinanzamtes. Er wies sich mit Papieren des Devisenkommissars und zahlreicher Stellen ganz korrekt aus. Durch ein Telegramm war das Finanzamt auf sein Kommen vorbereitet worden und hatte daher keine Bedenken, ihm Beamte mitzugeben. Bei Matterdorff erklärte er, in Berlin sei festgestellt worden, daß die Bank verbotene Devisengeschäfte betrieben habe. Er ließ sich die Bücher vorlegen und stellte sofort angebliche Verfehlungen fest, worauf er die Aushändigung der vorhandenen Devisen und als Sicherung gegen künftige ähnliche Fälle eine Kaution von 10 000 Goldmark forderte. Der Bankinhaber lehnte das aber ab, worauf der Inspektor mit der Schließung des Bankhauses drohte. Man einigte sich schließlich dahin, daß am folgenden Tage, also am Mittwoch, im Beisein der Geschäftsinhaber die Devisenbestände im Auto nach Berlin geschafft werden sollten. Die Kasse für ausländische Noten wurde verschlossen und mit amtlichen Siegeln gesichert. Nicht genug damit, ließ der Kommissar den 1. Kassierer verhaften. Am folgenden Morgen wartete die Polizei vergebens auf das Erscheinen des Inspektors und nun stellte sich heraus, daß gegen ihn ein Steckbrief vorliege wegen ähnlicher Schwindeleien in Berlin. Es handelt sich um einen Mann, der sich Otto Kraus, aber auch Lieschner und Therich nennt. Er hat bei seinem Streich noch 50 Mark vom Kassierer und 100 Mark von dem Bankinhaber erbeutet. Da er erklärte, er könne nur dann in Dresden noch einen Tag bleiben, wenn ihm Geld gegeben würde, damit nicht das Reich mit seinen Aufenthaltskosten in Dresden belastet würde. Jetzt ist die Polizei auf eifriger Suche nach dem natürlich längst verschwundenen Schwindler.

Eisenbahnunglück bei Mainz. In der vorvergangenen Nacht hat sich auf der Strecke Mainz—Alzey in der Nähe von Klein-Winternheim ein Eisenbahnunglück ereignet. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten wurden zwei Personen getötet und sechs schwer verletzt, von denen einige in Lebensgefahr schweben. Das Unglück wird auf falsche Weichenstellung zurückgeführt.

Eine Arbeiterkolonne verschüttet. Aus Salzburg wird gemeldet: Auf der Straße von Fusch nach Ferleiten wurde eine Arbeiterkolonne durch eine Lawine verschüttet. Vierzehn Mann konnten gerettet werden, drei fanden den Tod.

Ohne Betriebszellen, die die Führung der Belegschaften organisieren, keine feste, von Zufällen und Augenblicksstimmungen möglichst unbeeinflußte Beherrschung der Belegschaftsversammlungen.

•

Ohne feste Führung durch Betriebszellen keine spontanen, schnell vorstoßenden, rasch reagierenden Massendemonstrationen der Betriebe, ganzer Städte und Wirtschaftsgebiete.

•

Ohne engste Verbindung der Erwerbslosen mit den Betrieben durch planmäßig organisierte Arbeit der Betriebszellen in Gemeinschaft mit kommunistischen Erwerbslosen keine Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, keine Gewähr für gemeinsame Demonstrationen für gemeinsamen Kampf jeder Art.

•

Ohne Betriebszellen keine revolutionären politischen Arbeiterräte, kein zielbewußter Kampf um den Einfluß in den Räten und um die Erhaltung des Einflusses. Ohne Betriebszellen keine Möglichkeit, die etwa durch die Gunst der Umstände gewonnene Macht zu erhalten.

Verantwortlich: Louis Drechsler für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Für Rheumatiker und Nervenleidende! Eine hervorragend bewährtes Mittel zur Bekämpfung rheumatischer und gichtischer Leiden, Nerven- und Kopfschmerzen ist Togal. Es ist klinisch erprobt. Ein Versuch überzeugt! In allen Apotheken. Best. 64,3% Acid. acet. salic., 0,406% Chinin, 12,6% Lithium ad 100 Amylum 98

Kinderwagen-Reisen (alle Größen) billigst!
Gummi-Bieder, Große Steinstraße 81, Alte Markt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240305-19/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Die Gesellschaft der Zukunft

Morin setzte mir darauf kurz die Prinzipien der modernen Gesellschaft auseinander.

„Sie beruht", sagte er, „auf der gänzlichen Abschaffung des Privateigentums."

„Ist Ihnen das nicht unerträglich?" fragte ich.

„Warum sollte uns das unerträglich sein, Hippolyte? Früher erhob in Europa der Staat die Steuern. Er verfügte über eigene Hilfsquellen. Heute kann man ebensogut sagen, daß er alles besitzt und daß er nichts besitzt. Ja noch richtiger: daß wir alles besitzen, da der Staat nichts anderes ist als wir selbst und nur die Verkörperung des Kollektivismus.

„Aber", fragte ich, „Besitzen Sie nichts, gar nichts; nicht einmal diese Teller, aus denen Sie essen, nicht einmal Ihr Bett, Ihre Bettücher, Ihre Kleider?"

Bei dieser Frage lächelte Morin.

„Du bist noch naiver, als ich glaubte, Hippolyte. Wie? Du denkst, daß wir unsere Möbel nicht besitzen? Was für eine Vorstellung macht Du Dir denn von unserem Geschmack, unseren Anschauungen, Bedürfnissen, unserer Lebensweise? Hältst Du uns für Mönche, wie man früher sagte, für Leute ohne jeden individuellen Charakter, die unfähig sind, ihrer Umgebung eine persönliche Note zu verleihen? Du irrst, mein Freund, Du irrst. Wir besitzen die zu unserem Gebrauch und unserer Bequemlichkeit nötigen Gegenstände und wir hängen mehr an ihnen als die Bürger der vergangenen Aera an ihren Richtigkeiten, denn wir haben einen ausgeprägteren Geschmack und lebhafteren Formensinn. Alle unsere nur ein wenig verfeinerten Genossen besitzen Kunstgegenstände und halten viel auf sie. Chéron besitzt Gemälde, die ihre ganze Freude ausmachen, und sie würde es sehr übelnehmen, wenn das Bundeskomitee ihr den Besitz streitig machte. Dort im Schrank bewahre ich alte Zeichnungen, fast das komplette Werk Steinlens, eines der geschätztesten Künstler der vergangenen Aera. Ich würde sie um keinen Preis hergeben.

Woher kommst Du, Hippolyte? Man erzählt Dir, daß unsere Gesellschaft auf der gänzlichen Aufhebung des Privateigentums begründet ist und Du denkst, daß sich diese Aufhebung auch auf die Mobilien und Gebrauchsgegenstände erstreckt. Naiver Mensch, das Privateigentum, das wir gänzlich unterdrückt haben, ist doch nur Besitz an Produktionsmitteln, wie Grund und Boden, Kanäle, Wege, Minen, Material, Werkzeug usw. Nicht der Besitz einer Lampe oder eines Lehnstuhls. Wir haben nur die Möglichkeiten beseitigt, daß die Früchte der Arbeit zugunsten eines Menschen oder einer kleinen Anzahl von Menschen unterschlagen werden, nicht aber den natürlichen und unbedingten Besitz von Dingen, die uns lieb sind".

Darauf erklärte mir Morin die Verteilung der geistigen und körperlichen Arbeiten unter die Glieder der Gemeinschaft, je nach ihren Fähigkeiten.

„Die kollektivistische Gesellschaft", fügte er hinzu, „unterscheidet sich von der kapitalistischen nicht nur dadurch, daß in der ersteren jeder arbeitet. Während der vergangenen Aera gab es viele Leute, die nicht arbeiteten, doch sie waren immerhin in der Minderzahl. Unsere Gesellschaft unterscheidet sich von der früheren hauptsächlich aber in dem Punkte, daß in jener die Arbeit nicht gut organisiert war, und daß viele unnütze Dinge verfertigt wurden. Die Arbeiter produzierten ohne Ordnung, ohne System, ohne Einvernehmen. In den Städten leben eine Menge Beamte aller Art, Kaufleute, Angestellte, die arbeiteten ohne zu produzieren. Soldaten gab es damals auch. Die Früchte der Arbeit waren nicht gut verteilt. Die Zölle und Tarife, die man einführte, um das Uebel zu verbessern, verschlimmerten es nur. Jedermann litt. Jetzt sind Produktion und Konsum genau geregelt. Schließlich unterscheidet sich unsere Gesellschaft von der alten noch dadurch, daß wir aus den Maschinen nur Nutzen ziehen, während sie im kapitalistischen Zeitalter oft unheilvoll für die Arbeiter waren."

Ich fragte, wie es möglich gewesen sei, eine Gesellschaft zu konstituieren, die ganz aus Arbeitern bestände.

Morin machte mich darauf aufmerksam, daß die Fähigkeit, zu arbeiten, allen Menschen eigen und eines der wesentlichsten Merkmale ihrer Rasse sei.

„In den barbarischen Zeiten, und bis zum Ende der vergangenen Aera haben die Aristokraten und Reichen stets eine Vorliebe für manuelle Arbeiten gezeigt. Ihre geistigen Kräfte haben sie wenig und nur ausnahmsweise geübt. Sie neigten stets zu Beschäftigungen wie Jagd und Krieg, an denen der Körper mehr teil hat als der Geist. Sie ritten, fuhren fochten und schossen mit der Pistole. Man kann also sagen, daß sie mit den Händen arbeiteten. Ihre Arbeit aber war unfruchtbar und schädlich, weil ein Vorurteil ihnen jede nützliche und wohltätige Beschäftigung verbot, und auch weil die nützliche Arbeit damals meistens unter unfördigen und mißlichen Verhältnissen verrichtet wurde. So war es denn nicht allzu schwer, dadurch, daß man die Arbeit wieder zu Ehren brachte, jedermann Geschmack an ihr zu verleihen. Die Menschen der barbarischen Zeitalter waren stolz darauf, den Säbel oder das Gewehr zu tragen. Die Menschen von heute sind stolz darauf, den Spaten oder Hammer zu handhaben. Es liegt in der Menschheit ein Kern, der sich kaum ändert.

Da Morin mir gesagt hatte, daß ihnen die Zeit des Geldumlaufs schon ganz aus dem Gedächtnis entschwunden sei, fragte ich ihn:

„Wie machen Sie denn ohne Geld Geschäfte?"

„Wir tauschen die Produkte mittels Gutscheinen, die den geleisteten Arbeitsstunden entsprechen, ähnlich demjenigen, den Du bekommen hast. Genosse. Der Wert der Produkte wird nach der Arbeitszeit berechnet, die ihre Herstellung erfordert hat. Brot, Fleisch, Wein, Kleider, ein Aeroplan kosten x-Stunden, x-Arbeitstage. Von jedem Gutschein, den wir bekommen, behält die Gemeinschaft, oder wie man früher sagte, der Staat, eine bestimmte Anzahl von Minuten zurück, um sie für unproduktive Arbeit anzuweisen, für Nahrungs- und Metallvorräte, für Versorgungsanstalten, Irrenhäuser usw. usw.

„Und die Zahl dieser Minuten", unterbrach Michel, „wird fortwährend erhöht. Das Bundeskomitee führt viel zu viel große Arbeiten aus, die wir tragen müssen. Die Vorräte sind zu groß. Die öffentlichen Magazine laufen über von Reichtümern aller Art. Dort liegen unsere Arbeitsminuten und halten ihren Schlaf. Ja, es gibt auch bei uns noch viele Mißstände."

„Zweifellos könnte manches besser eingerichtet sein", erwiderte Morin. „Der infolge der allgemeinen und systematischen Arbeit angewachsene Reichtum Europas ist ungeheuer."

Ich war begierig, zu erfahren, ob diese Leute als Maßstab für den Wert der Arbeit nur die Arbeitszeit hätten, und ob sie den Arbeitstag eines Erdarbeiters oder eines Kalkeinrührers ebenso hoch bewerteten, als den eines Chemikers oder Chirurgen. Ich fragte unbefangen danach.

„Das ist einmal eine dumme Frage", rief Perceval.

Doch der alte Morin klärte mich auf.

„Alle Studien, alle Forschungen, alle Arbeiten, die dazu beitragen, das Leben angenehmer und schöner zu gestalten, werden in unseren Werkstätten und Laboratorien gefördert. Der kollektivistische Staat begünstigt die akademischen Studien. Studieren heißt produzieren, da man ohne Studium nicht produzieren kann. Das Studium verleiht dem Menschen, ebenso wie die Arbeit, Existenzberechtigung. Diejenigen, die sich mit langwierigen und mühsamen Forschungen beschäftigen, sichern sich schon dadurch eine friedliche und geachtete Existenz. Ein Bildhauer macht das erste Modell einer Figur in vierzehn Tagen, doch er hat fünf Jahre gebraucht, um modellieren zu lernen. Und seit fünf Jahren bezahlt der Staat sein Modell. Ein Chemiker entdeckt in wenigen Stunden die besonderen Eigenschaften eines Körpers. Doch er hat Monate gebraucht, um diesen Körper zu isolieren, und Jahre, um sich zu einer solchen Arbeit zu befähigen. Während dieser ganzen Zeit hat er auf Kosten des Staates gelebt. Ein Chirurg entfernt eine Geschwulst in zehn Minuten, aber erst nach fünfzehn Jahren Studium und Praxis. Und seit fünfzehn Jahren erhält er infolgedessen Gutscheine vom Staat. Jeder, der in einem Monat, in einer Stunde, in wenigen Minuten das Resultat seines ganzen Lebens gibt, gibt der Gemeinschaft nur auf einmal das zurück, was er jeden Tag von ihr bekommen hat."

Ich dachte einen Augenblick nach, dann sagte ich:

„Herr Morin, nach Ihren Worten scheint es mir, als ob Sie bei sich, soweit möglich, Gleichheit und Brüderlichkeit eingeführt haben. Ich fürchte aber, daß das auf Kosten der Freiheit geschehen ist, die ich als höchstes der Güter schätzen gelernt habe."

Morin zuckte die Achseln.

„Wir haben die Gleichheit nicht eingeführt. Wir wissen nicht, was das ist. Wir haben jedem Menschen den Lebensunterhalt gesichert. Wir haben die Arbeit zu Ehren gebracht. Wenn sich nun der Maurer über den Dichter erhaben fühlt und der Dichter über den Maurer, so ist das ihre Sache. Alle unsere Arbeiter bilden sich ein, daß ihre Arbeit die erste der Welt ist. Das hat schließlich mehr Vorteile als Nachteile.

Genosse Hippolyte, Du scheinst viel in den Büchern des 19. Jahrhunderts der vergangenen Aera gelesen zu haben, die jetzt kaum noch einer ausschlägt; Du sprichst ihre Sprache, die uns fremd geworden ist. Wir verstehen heute nicht mehr leicht, wie die alten Volksfreunde Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit als Devise wählen konnten. Freiheit kann in der Gesellschaft nicht existieren, da sie in der Natur nicht existiert. Es gibt kein freies Tier. Man sagte früher von einem Menschen, daß er frei wäre, wenn er nur den Gesetzen gehorchte. Das war kindisch. Man hat übrigens während der letzten Zeit der kapitalistischen Anarchie einen so seltsamen Gebrauch von dem Worte Freiheit gemacht, daß dieses Wort schließlich nur noch die Forderung der Privilegien ausdrückte. Die Idee der allgemeinen Gleichheit ist noch weniger vernünftig und sogar widersinnig, weil ihr ein falsches Ideal zugrunde liegt. Wir haben nicht zu untersuchen, ob die Menschen unter sich gleich sind. Wir haben darüber zu wachen, daß jeder alles gibt, was er kann, und alles bekommt, was er nötig hat. Was die Brüderlichkeit anbetrifft, so wissen wir nur zu gut, wie die Brüder jahrhundertelang ihre Brüder behandelt haben. Wir sagen nicht, daß die Menschen schlecht sind. Wir sagen auch nicht, daß sie gut sind. Sie sind, wie sie sind. Aber sie leben in Frieden, wenn sie keine Ursache mehr haben, sich zu bekämpfen. Wir haben nur ein Wort, um unsere soziale Ordnung zu bezeichnen. Wir sagen, daß wir in Eintracht leben."

Anatole France.

Die korrupte bürgerliche „Kunst" und Moral

Ein Beitrag zum Auftreten der Seibel-Sänger im Walhalla.

Resignation und Empörung liegen letzten Endes dicht nebeneinander. Die Weisheit, die über dem Leben steht, kann uns nicht Gesetz sein, wenn sie alles versteht, alles verzeiht, und die Vollkommenheit des Seins verkündet. Uns nicht, die wir im Leben stehen, deren Blut durchtränkt ist mit dem Rhythmus des Geschehens, dem Erleben. Wissenheit steht außerhalb unserer Erörterungen. Wir leben, wir greifen zu und treten ein in den Lauf der Entwicklung. Wir verteidigen und wir greifen an. Wir sind Tempo und Tat. Nicht aus Uebermut und Kräfteüberschuß, sondern aus tiefster seelischer und geistiger Erkenntnis. — Dort ist ein Uebel! Vor die Front, Kampfgenossen! Es geht um die Menschheit, um den Menschen, um den Geist! Wir sind nicht Fatalisten; wir sind die Zeit, die sich erfüllen. — Dort ist ein Uebel! Dort und dort. Kennst Du Deinen Posten, Kamerad? Hier stehe ich, denn dieses Uebel dünkt mich groß, es traf mich tief.

Vorwand: Die Seibelsänger im Walhalla. Doch nur das Beispiel eines wüsten Zeitsymptoms.

Ich will nicht das Einzelne ausrotten, da es ein Glied in der Kette der Entwicklung, das aussterben muß. Ich kann es nicht ausrotten, da es ein Bestandteil eines großen Kulturkomplexes ist, der im Ganzen nur vernichtet werden kann durch uns, die neue Zeit. Aber ich möchte viele bewahren vor dieser Seuche, möchte eine kleine Weisung sein: das ist gegen unsere Welt. — Prüft: diese Seuche sitzt schon in Euch!

Zu den Tatsachen: Ein überfüllter Saal. Schreiender Applaus und breites, aus dem Gemeinen im Menschen aufsteigendes Gelächter. Ich sehe mich um: Kleinbürgertum. Empörkömmlinge, kleine und größere Rassen, in jeder Beziehung Halbgewaltte; doch auch Proleten, das muß festgestellt werden. Und aus den Visagen schillert der kalte, häßliche Kitzel des gefühllosen, jeder Empfindung baren abgestumpften Barbarentums, das einer korrupten Moral entspringt. — Doch ab und zu neigt sich beschämt ein Kopf.

Augen auf! Was dort auf der Bühne sich abspielt, ist der wahrheitsgetreue Spiegel einer durch und durch morschen Kultur, einer Heuchlermoral, einer Sitte der Schwächlichen und Dekadenten. Eine Zote reißt sich an die andere, und es gehört eine müßige Portion Verworfenheit dazu, diese Gemeinheiten als harmloje und amüsante Witze hinzunehmen. Uns kann man nicht den Vorwurf der Prüderie machen. Wir haben jederzeit die Natürlichkeit des Sexuellen gepredigt und dafür viel häßliche Anwürfe geerntet. Ja (wer weiß es nicht?), haben uns nicht jene Pharisäer der Anarchie im Sexualleben beschuldigt? Es ist nicht unsere Aufgabe, jetzt darauf einzugehen, aber (und wer weiß das nicht, Genossen?), wir wollen den Wust des Mystischen, den das Bürgertum aus egoistischen Gründen um das Sexuelle bereitete, vernichten und diesen Trieb im Menschen befreien von allem Ungesunden, damit es eine heilige und schöne Sache wird.

Das wird dem Bürgertum nicht gelingen, es ist zu versucht.

Dort ist es der Mann in der Hauptsache, der die so einzig dastehende „doppelte Moral" vertritt. Auf der einen Seite ist er das Männchen, das hinter jeder Schürze herläuft, und auf der anderen der Tyrann, der alles Weibliche verdammt, wenn er irgendwelche Pflichten zu übernehmen hat. Eine recht schwächliche Sticheinnatur. Anarchie ist ihm eine verworfene Sache; und doch gibt es wenige Vergleiche in der Geschichte zu der wüsten Anarchie in der bürgerlichen Moral.

Wir wollen hier nicht das Wort „Charakter" anführen, es trifft nicht der Kern; aber irgendeinen inneren, sinnvollen Weg und ein Ziel, eine klare, logische Weltanschauung besitzt diese Dekadenz nicht. Alles Verrufene (bei ihnen nur scheinbar Verrufene) wird als Ziel und Inhalt des Lebens hingestellt. Der Lebemann, der im Prasser- und Harentum lebt, wird besungen. Der Ehemann, der seine Frau mit Kot bewirft und sie betrügt, findet Beifall. Mit plumpen, höchst zweideutigen Zoten ist der Spielplan so einer bürgerlichen „besten Herrengesellschaft" durchsetzt. Es hat keinen Sinn auf Einzelheiten einzugehen. — Zu diesen Schweinereien (mit Verlaub zu sagen) kommt natürlich noch die seichte Politik. „Das einige deutsche Volk" wird von Schmarotzern propagiert; und man wundert sich nicht über die Harmonie dieses Deutschtums und der schlüpfrigen Reden. — Wird einmal versucht „Kunst" zu bieten, so gibt's natürlich einen Versager. Aber kritisches hagelt es Beifall. Proletarier, willst Du leibhaben an dieser „Kunst"? Willst Du die Schmierereien einer sterbenden, unwahrhaftigen Klasse unterstützen? Besinne Dich! Und daß Du das Richtige erkannt, dann lächle nicht erhaben über die „Niedrigkeit" Deiner Klassengenossen, die noch dringstecken in dem Sumpf. Oder wende Dich nach vergeblichen Versuchen, ihnen das Bessere zu bringen, nicht resigniert ab, sondern schüre die Flamme der Empörung gegen die Vernichter eines reinen Menschentums immer weiter, immer weiter.

Rd.

Das Metall der Toten

3] Von Concha Espina

Bei ihren ersten Zusammenkünften vertrauten sie einander ihre Geheimnisse an, und jedem floßte die traurige Stimme des anderen, die von Siegen erzählte, blindes Vertrauen ein.

Charol glaubte fest an die Reinheit des tapferen jungen Mädchens, das mit so unerhörter Standhaftigkeit den Lockungen des Lasters widerstanden hatte. Und sie vernahm mit stiller Teilnahme die Erzählung seines ganzen Lebens, dessen früheste Jahre in Verwilderung und Elend verlaufen waren, und das später eine arme, gute traurige Frau in ihre Obhut nahm, die ihn bei ihrem Tode im Angesicht des Meeres allein ließ, nach Zärtlichkeit hungernd und durch sein andersgeartetes Wesen den Kameraden entfremdet.

So erzählte der junge Mann der Freundin seine Vergangenheit Stunde um Stunde und verweilte mit besonderem Behagen bei den sonnigsten, in denen sich ihm etwas von der Weite der Welt aufgetan hatte. Es waren die, in denen die Menschenliebe ihn in ihre Hut genommen hatte, als eine Mutter im Gedanken an ihren in der Blüte der Jahre heimgegangenen Sohn ihn als eigen annahm und sein liebeleeres Dasein mit ihrer Zärtlichkeit erfüllte. Dank diesem frommen Mitleid konnte der Knabe sich die elementaren Kenntnisse des Seemannsberufes aneignen; er schiffte sich auf einem Ueberseedampfer ein, durchkreuzte die Meere, grüßte fremde Küsten und verweilte an den Ufern seiner Träume; er hatte gelernt zu leben und zu wünschen.

Dies alles geschah zu der Zeit, da Aurora geboren wurde als Kind einer Frau, die der Mutter Charols an Niedrigkeit der Gesinnung nichts nachgab, und während die Augen des kleinen Mädchens an der kantabrischen Küste unter dem Einfluß der wildbewegten Wellen ihre Farbe veränderten.

Als der Seemann nach Transpenja zurückkehrte, wanderte das Mädchen aus. Vielleicht waren sich zwei Schiffe auf der bewegten Meeresfläche begegnet und hatten arglos einen Gruß getauscht, während sie die beiden Wesen trennten, die das Schicksal wieder vereinen sollte.

Charol fand den Herd, an dem er eine Zuflucht gefunden hatte, erloschen. Seine Wohltäterin war gestorben und hatte ihm als letzten Liebesbeweis ihre wenigen Habseligkeiten hinterlassen: einen bescheidenen Hausrat, einige Ersparnisse, einen kranken, gebrechlichen Hund, das Urbild der Treue. Vor der Tür liegend, winselnd und halb verhungert, so fand ihn der Seefahrer und lebte nun mit ihm als einzigen Gefährten.

Dem jungen Mann waren die Schwingen gebrochen; zu einem schwierigen Unternehmen brachte er den Mut nicht auf, und so taufte er ein Fischerboot, die „Josefita", das er zusammen mit einigen Kameraden von der Küste führte, die noch ärmer waren als er.

Da er indessen mit Inbrunst dem Gemeinschaftsgedanken anhing, schloß er mit ihnen einen Vertrag, wie er in den Gesetzen der Küstenschiffahrt unbekannt war: jeder Fang sollte unter der Bemannung der „Josefita" geteilt werden, ohne daß der Schiffsherr sich seinen vorteilhaften Anteil aus dem Erlös vorbehielt, der der Sitte gemäß die Hälfte des Fanges übersteigt.

Diese Großmut trug ihm unter seinen Untergebenen eine aus eigennützigen Interessen entspringende Beliebtheit, bei den Bootseigentümern offenbaren Groll ein. Unter diesen waren es die Besitzer der Dampfboote, die ihm am feindlichsten gesinnt waren, weil sie sein ungewöhnliches Gebaren als Herausforderung ansahen. Sie waren Teilhaber einer Konservenfabrik und einer Räucherei, die unter der Leitung eines Aufsehers vereint, ausschließlich das Recht auf den Fischfang für sich in Anspruch nahm.

Diese Fabriken, die in dem elenden Nest Transjenja nahe am Hafen lagen, waren gegründet worden als Liebeswerk eines Edelmannes, der sich in Mitleid der Fischer angenommen und beabsichtigt hatte, ihr mühseliges Gewerbe zu schützen, indem er ihnen sicheren Absatz für die Ausbeute jeder Fahrt sicherte. In den Händen gewissenloser Verwalter wandte sich dieses edle Werk jedoch feindlich gegen die, zu deren Wohle es ersonnen worden war.

Dem abwesenden Edelmann, der nur allzu vertrauensselig war, brachte man die Ueberzeugung bei, daß das Unternehmen die Anschaffung von Dampfbooten erfordere, und als das erreicht war, wurden diese mit Fischern bemannt, die für einen Hungerlohn arbeiteten. Kein einziger Fischer konnte mit dem neuen System im Wettbewerb treten, das viel schneller und produktiver arbeitete, als die armseligen Ruder- und Segelboote. Die Dampfboote sicherten den Fabriken die Ausbeute des Meeres, und diese Industrie war, immer unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit, nichts als ein Wuchergeschäft, eine eigenmächtige Gewalt, unter die sich die ganze unselige Zunft beugte.

Als Charol sein eigenes Boot und seine Geräte hatte und den Ertrag seines kleinen Besitzes mit brüderlicher Großmut verteilen wollte, behandelten ihn die Konservenfabriken als einen Narren, dem sie den baldigen Ruin prophezeiten.

Sie waren gute Propheten; der Fang der „Josefita" wurde unter lächerlichen Vorwänden zu Schandpreisen gekauft, und der Hafenkommandant — ein Marinekapitän, der bei allen Streitigkeiten auf der Seite der Mächtigeren war, — begann die neue Barke mit Geldstrafen zu belegen. Die Winterstürme, die ihn zwangen, das Boot am Hafendamm verankert zu lassen, besiegelten das Schicksal des tapferen Bootsherrn.

In dieser Zeit wurde er mit Aurora vertraut. Das Mädchen hatte mit gewaltiger Anstrengung den Auf einer Verlorenen abgeschüttelt, mit dem man sie bei ihrer Rückkehr zu umgeben suchte. Ihre mutige Haltung verteidigte sie gegen Schmutz und Frevel mit so ehrlichem Feuer, daß auch die unbarmherzigsten Verleumdungen schwiegen und selbst die schamlose Mutter ihre abscheulichen Pläne aufgeben mußte.

Charols hartes und opferreiches Leben diente dem jungen Mädchen als Ansporn auf ihrem strengen Pfade. Nur in den finsteren, trüben Stunden, der Arbeit fühlte sie sich völlig als Frau; ihr Mut wuchs mit den errungenen Siegen; sie stärkte sich an ihren Triumphen und empfand die Freude des Kampfes als Beweis der Kraft, die sie in ihrem vergangenen ehrenvollen Streit an den Tag gelegt hatte. Aus dieser Zeit blieb ihr nichts als das Bedauern, sie nicht besser genutzt zu haben: Staat und Schmuck waren, ebenso wie ihre bürgerlichen Lebensgewohnheiten, unter dem schweren Stoß des drohenden Schicksals verschwunden. Mit unbeugsamer Willenskraft zügelte sie ihre verfeinerten Neigungen, und das einzige, was bei der armen Küstenbewohnerin noch an das vornehme Mädchen von einst erinnerte, war ihre Schönheit, die von Tag zu Tag stiller und vergeistigter wurde: lebhafte, grünliche Augen, blondes Haar, das ihr in krausen Löckchen über die Schläfen fiel, sanftgeschwungene Lippen, die ein leises Lächeln umspielte, und sonnengebräunte Wangen. Groß und gertenschlank war sie, und ein nachdenklicher Zauber, eine geheimnisvolle Anmut lagen über ihrem Wesen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240305-19/fragment/page=0008